

Blattweite 35 Bl. monatlich 1.20 M. im voraus zahlbar. Postbezugs 1.22 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 12 Pfg. Vertriebsgebühren. Auslandabonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Donnerstags und Sonntags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Toll und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Wiss. in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ständige Korrespondenzstelle 80 Pfennig. Weltweite 1.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ der letzte Deutsche Wort 25 Pfennig (täglich zwei teigebundene Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Gedruckt das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentlich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 202—207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassen Lindenstr. 2.

Die Vorteile des Young-Plans.

Snowden erhofft Wirtschaftsbesserung für Deutschland.

London, 30. August. (Eigenbericht.)
Schatzkanzler Snowden betont in einem Interview mit dem Berichterstatter des „Daily Herald“, daß die Annahme des Young-Plans eine Reihe bitterer Nachwirkungen des Krieges beseitigen werde. Der Plan biete Deutschland und seinen Gläubigern gleichwertige bedeutende Vorteile. Einer der größten Vorteile für Deutschland sei der Wegfall jeglicher ausländischen Kontrolle der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft; man könne berechnete Eröffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland setzen.

Henderson beruhigt Frankreich.

V. Sch. Haag, 30. August. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson gab vor seiner Abreise nach Genf eine Erklärung ab, in der er den Behauptungen scharf entgegentritt, wonach die englisch-französischen Beziehungen künftig weniger vertrauensvoll und herzlich sein würden als zuvor. Die Erklärung sagt:

Man dürfe aus der Tatsache, daß man in Haag sehr offen gesprochen habe, nicht schließen, daß die Beziehungen zwischen den Regierungen beider Länder kühler geworden seien. Er könne in seinem eigenen und im Namen aller seiner Kollegen von der Arbeiterregierung ohne Ausnahme erklären, daß sie den Wunsch haben, ihre Politik auf die

engste internationale Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen der Welt

zu gründen. Dies sei aber nur möglich und erfolgversprechend, wenn die allgemeinen Beziehungen zwischen den Regierungen auf Offenheit, Vertrauen und Herzlichkeit beruhten. Solche Beziehungen wünsche England mit jeder Nation zu unterhalten, aber vor allem mit seinem nächsten Nachbarn Frankreich, dessen Verdienste um die westliche Zivilisation die Engländer gebührend anerkennen. England vergesse nicht, daß es durch Frankreich mit dem Kontinent verbunden sei und daß beide Länder in der ganzen Welt gemeinsame Interessen haben. Henderson zollt dann

der Arbeit Briands hohe Anerkennung.

Wenn Europa die Krisis der Nachkriegszeit überwinde, so sei das nicht zuletzt ein Verdienst Briands. Er, Henderson, betrachte das Werk von Haag, besonders die gemeinsam beschlossene Rheinlandräumung, nur als den Beginn der Zusammenarbeit mit Frankreich und hoffe, daß diese Zusammenarbeit in Genf fortgesetzt werde. „Ich hoffe auch, so fügte er hinzu, daß wir gemeinsam mit den französischen Kollegen ebenso wie mit den Vertretern aller mit uns befreundeten Staaten zusammenwirken werden, um die allseitige Annahme der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu sichern sowie des allgemeinen Abrüstungsvertrages den abzuschließen wir uns verpflichtet haben, endlich, um aus dem Völkerbund die lebendige Macht zu machen, die er sein sollte. Nur so werden wir die Nationen von dem erdrückenden Lasten, unter denen sie seufzen, und von den Gefahren, unter denen sie leben, befreien können.“

Briands Erfolg.

Paris, 30. August. (Eigenbericht.)

Das glückliche Ende der Haager Konferenz wird auch in Frankreich mit einem Zusamen der Erleichterung begrüßt. Die Kritik der Rechtspresse an Briands Konzeptionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß selbst Reaktionäre heilfroh über das Zustandekommen des Young-Plans sind. Die Opfer, die Frankreich durch die Annahme der englischen Forderungen bringt, belaufen sich auf noch nicht zwei Prozent dessen, was es von Deutschland zu erwarten hat und so groß auch hier noch immer die Verärgerung über den persönlichen Erfolg Snowdens und mit ihm der englischen Arbeiterregierung ist, so gibt es doch nicht ein Wort, das Briand darüber ernsthafte Vorwürfe zu machen wagt. Die Rechtspresse bezeichnet

Briands Inzage der vorzeitigen Räumung als die „unvollste Frucht der verhängnisvollen Politik von Locarno

und prophezeit für den Augenblick, da die letzten französischen Soldaten das Rheinland verlassen haben, die schlimmsten Folgen dieser „unverantwortlichen Schwäche“. Auf der Linken herrscht restlose Gemütsruhe darüber, daß die endliche Bereinigung der Rheinlandfrage, das Haupthindernis für eine konsequente Fortführung der deutsch-französischen Verständigung, aus dem Wege geräumt ist. Jedenfalls wird Briand weder in der Reparations- noch in der Räumungsfrage mit ernsthaftem Widerstand zu rechnen haben. In

der Kammer, die nicht vor dem Herbst zusammentreten wird, ist Briand, der sich durch die befriedigende Lösung der Rheinlandfrage die Stimmen der Linken wiedergewonnen haben dürfte, einer Mehrheit von mindestens 400 Stimmen sicher. Nach seinen im Haag gemachten Ausführungen scheint das Parlament, das sonst seine Ferien bis in den November hinein auszudehnen pflegt, in diesem Jahre wesentlich früher zusammentreten zu wollen, um die Ratifikation der Haager Vereinbarungen zu beschleunigen. Er dürfte dabei aber auf einige Schwierigkeiten stoßen, da am 20. Oktober der Senat gewählt wird und bis zu diesem Termin die Mitglieder der beiden Kammern durch die Wahlkampagne in Anspruch genommen sein werden.

Macdonald besucht Briand.

Paris, 30. August. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Macdonald wird sich Sonnabend auf der Reise nach Genf in Paris aufhalten, um mit Briand über die Ergebnisse vom Haag und die Genfer Tagesordnung zu beraten.

Keine öffentliche Schlussigung.

Haag, 30. August.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Finanzkomitees wurde der Beschluß gefaßt, daß von der Abhaltung einer öffentlichen Schlussigung der Konferenz abgesehen werden soll und vielmehr die auf morgen anberaumte Sitzung des Finanzkomitees in eine nicht-öffentliche Plenarsitzung übergeleitet werden soll. Ihr Beginn ist für 11.30 Uhr in Aussicht genommen, er hängt jedoch davon ab, ob das Finanzkomitee dann seine Arbeit endgültig beendet haben wird.

Das Finanzkomitee hat u. a. die Einsetzung eines besonderen Finanzausschusses für die Ueberleitung der Dawes-Organisation auf die Internationale Bank sowie eines Juristenausschusses für die Regelung der zahlreichen Rechtsfragen beschlossen. Die Diskussion, an der sich deutscherseits die Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Hilferding beteiligten, war sehr lebhaft. Ihr Fortgang war dadurch erschwert, daß noch verschiedene neue Texte vorgelegt wurden, von denen eine Anzahl Delegationen bisher keine Kenntnis hatten. Da sich die Arbeiten sehr in die Länge gezogen hatten, wurde beschlossen, daß das Finanzkomitee morgen vormittags 10 Uhr wieder zusammentritt. Bis dahin soll der endgültige Text des Schlussprotokolls fertiggestellt sein. Zu seiner Herstellung trat heute abend 9.30 Uhr ein besonderer Juristenausschuß zusammen.

V. Sch. Haag, 30. August. (Eigenbericht.)

Am Freitagnachmittag arbeiteten die Finanzminister, ihre Sachverständigen und die Juristen an der Fertigstellung jener Dokumente, durch die die Annahme des Young-Plans in der Schlussigung am Sonnabend festgestellt werden soll. Es gab bei der Formulierung dieser Abmachungen noch allerhand juristische und technische Schwierigkeiten. Endlich haben die Hauptgläubiger noch Scherereien mit den Vertretern der kleinen Mächte, die sie 3½ Wochen lang wie Luft behandelt und nun vor vollendete Tatsachen gestellt haben. Sie müssen ihnen bei der interalliierten Schuldentregung entsprechende Kompensationen für die Kürzung ihrer Einnahmen aus den deutschen Zahlungen gewähren.

Die feste Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich, über die Saarfrage zu verhandeln, um zu einer endgültigen Regelung möglichst bald zu gelangen, ist am Freitag in Brüssel zwischen beiden Delegationen ausgetauscht worden.

Lomny zieht ab.

London, 30. August.

Wie das Kriegsamt ankündigt, wird der Abzug der Rheinarmee am 14. September d. J. beginnen und binnen drei Monaten beendet sein. Der Rücktransport der Truppen werde über Ostende-Doover erfolgen, der der Tiere über Antwerpen-Harwich.

Die Kämpfe in Palästina.

Kairo über London, 30. August. (Eigenbericht.)

Durch die Intervention britischer Matrosen ist ein geplanter arabischer Ueberfall auf Gaza in letzter Minute vereitelt worden. Banden von Arabern hatten angeblich die Stadt umstellt, um von allen Seiten einzudringen und zu plündern. Als ein Panzerzug mit britischen Seeleuten eintraf, zogen sich die Araber zurück.

Etwa 20 Kilometer nördlich von Haifa in Akre ist es zu neuen Zwischenfällen gekommen, die zum Einsatz von Truppen führten. Die britischen Truppen haben überdies eine Strafexpedition in die Dörfer Surdaber und Ista unternommen und von den Arabern geraubte Güter zurückgeholt. Zwölf Araber wurden getötet. Ein Angriff der Araber auf die jüdische Siedlung Safat in der Nähe Tiberies führte zur Tötung von sechs Juden. — Falsch ist das Gerücht, daß der französische Konstabler in Jerusalem getötet worden sei.

Vom Haag nach Genf.

Beischiedsvertrag und Pan-Europa.

Geschichtliche Situationen kehren ähnlich wieder. Das gilt von der Innen- wie von der Außenpolitik. Vor fünf Jahren führten in Deutschland die Nationalisten die gleichen Argumente gegen den Dawes-Plan ins Feld, die sie heute gegen den Young-Plan gebrauchen. Damals siegte die gesunde Vernunft der Volksmehrheit; es ist auch diesmal gewiß, daß sich gegen Deutschnationale und Kommunisten eine Mehrheit für Räumung und für Kürzung der Reparationen einsehen wird. Für die europäische Politik gilt das gleiche. Als vor fünf Jahren die Dawes-Konferenz in London abgeschlossen und die Teilnehmer — damals noch ohne Deutschland — nach Genf gefahren waren, führte ihre Initiative zu der Abfassung jenes noch berühmten „Genfer Protokolls“, das dann für Jahre hinaus im Mittelpunkt der Friedensdiskussion stand und noch heute mitwirkt. Auch diesmal fahren die Führer der Reparationsländer wieder nach Genf; Briand ist schon unterwegs, Macdonald fährt morgen, Mitglieder der deutschen Delegation sind zum Teil schon auf dem Wege. Nachdem die Haager Reparationskonferenz außerhalb des Völkerbundes die Nachkriegsprobleme wieder zum Teil gelöst hat, ist es wahrscheinlich, daß die zehnte, am Montag beginnende Vollversammlung des Völkerbundes den Bau des Weltfriedens wieder ein Stückwerk höher treiben wird. Briand hat bereits angekündigt, er werde in der Richtung der Vereinigten Staaten von Europa vorstoßen; von Macdonald und Henderson steht zu erwarten, daß sie sich für die Senkung der Zollschranken und für die Generalakte ausprechen werden.

Die Generalakte stellen einen Beischiedsvertrag dar, wie er in dürftigen Anfängen gerade jetzt vor dreißig Jahren, auf der 1. Haager Friedenskonferenz zum erstenmal zwischen den Regierungen vereinbart wurde. Damals, 1899, als die großen Militärmonarchien die Einschränkung ihres Rechtes auf den Krieg sabotierten und die Arbeiterklasse noch nirgends außenpolitische Macht hatte, beschränkte sich das „Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten“ auf platonische Wünsche in der Form, daß es bei Streitfällen — „so weit dies die Umstände gestatten“ — die Vermittlung einer befremdeten Macht oder bei Rechtsstreitigkeiten — „soweit dies die Umstände gestatten“ — ein Schiedsgericht einsehen wollte, so daß 1914 die Serie der Kriegserklärungen zwar das Gewissen der Menschheit, aber keineswegs das Völkerrecht verewaltigte. Seit dem Sturz der Militärmächte und mit dem politischen Aufstieg der friedlich schaffenden Massen ist das freilich in mancher Hinsicht anders geworden. Seit zehn Jahren sieht die Satzung des Völkerbundes vor, daß vor Ausbruch eines Krieges unter allen Umständen der Versuch einer Einigung gemacht werden muß; wer sich darauf nicht einläßt, würde klares Recht verletzen und sich als Angreifer selbst infamieren. Seit dem Kriegserzichtsvertrag, der vor fünf Wochen endgültig in Kraft trat, ist auch diese Pflöde geschlossen. Aber wenn auch der Appell an die Waffen unter dem Völkerrecht der neuen Zeit einen Rechtsbruch darstellen würde und Konflikte nicht mehr auf diese barbarische Art beendet werden sollen: noch mögen Konflikte weiter-schwellen und die Beziehungen der Völker vergiften; noch ist keine Vorfrage dafür getroffen, daß Konflikte durch einen Schiedspruch unter allen Umständen aus der Welt geschafft und erledigt werden.

Es war das Verdienst des Genfer Protokolls von 1904, daß es diesen Rechtsgedanken, der übrigens schon im Erfurter Programm von 1891 enthalten ist, zum erstenmal in der Form eines internationalen Vertragsentwurfes verdeutlichte. Seine Grundlinien sind nicht wieder aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden — gescheitert ist es nur deshalb, weil mit ihm Sanktionen verknüpft waren, die einen Weltkrieg zur Verhinderung eines Kleinkrieges hatten entfehlen können. Die „Generalakte“ von 1928 stellt die Erneuerung des Genfer Protokolls, aber ohne die Sanktionen dar. Sie trägt diesen Namen „Generalakte“, weil sie entstanden ist aus mehreren Spezialverträgen, die in dem Sicherheitsausschuß der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeitet waren. Sie zerfällt in vier Kapitel: Kapitel 1 sieht für Streitigkeiten jeder Art ein Vergleichsverfahren vor. Im Kapitel 2 wird bestimmt, daß für Rechtsstreitigkeiten ein Schiedsgericht oder der Weltgerichtshof zuständig sein soll. Das dritte Kapitel unterwirft politische Streitigkeiten nach Scheitern eines Vergleichsverfahrens einem Schiedsgericht aus fünf Personen als letzter Instanz. Dieses Verfahren wird dann auch auf handelspolitische Streitigkeiten anzuwenden sein.

So weit, so gut; aber wie so oft bei den Genfer Vertragsentwürfen werden auch hier die besten Grundriss durch Vorbehalte entwertet. So können die Staatsmänner in Genf zwar ein Lippenbekenntnis zur Schiedspflicht ablegen, im gleichen Augenblick aber, wo sie es aussprechen, können — im Rahmen von Kapitel 4 — ihre Füllfederhalter gerade die Streitigkeiten von der Schiedspflicht ausnehmen, für die sie besondere Bedeutung hätte:

fo z. B. allgemeine Sireitigkeiten über Dinge, die das Völkerrrecht angeht oder herkömmlicherweise als innere Angelegenheiten bezeichnet, aber Einzelfragen — wie die Revision von Grenzen —, die mit einem solchen Vorbehalt jeder internationalen Diskussion oder Entscheidung entzogen werden sollen.

Es haben, angesichts der schwebenden Reparationskämpfe im vergangenen Jahr, bisher nur ganz wenige Regierungen Stellung zu der Generalakte genommen: die von Schweden, Norwegen und Holland; alle drei haben sich gegen das Kapitel 3 — Schiedspflicht bei Interessenkonflikten — erklärt. Die britische Arbeiterpartei hat in ihrem Wahlprogramm den Beitritt zu der Generalakte gefordert. Die Arbeiterregierung hat seitdem die Dominien um ihre Zustimmung ersucht und wird voraussichtlich in einigen Monaten den Beitritt erklären können. In Frankreich hat man für die Propagierung der Generalakte neben der Vielzahl der schon bestehenden Friedensorganisationen sogar einen besonders Verein gegründet. Die Mehrheit des auswärtigen Kammerausschusses hat gegenüber dem Auswärtigen Amt den möglichst vorbehaltlosen Beitritt zur Generalakte gefordert. Deutschland hat insofern bereits die Generalakte erfüllt, als es als einziger Großstaat den Beitritt zur Schiedspflicht des Weltgerichtshofes ratifizierte; mit Recht wird es in Genf die anderen Großmächte zur Nachfolge auffordern können. Darüber hinaus würde Deutschland die Führung in der Schiedsgerichtsbarkeit behalten, wenn es sich gegen die Vorbehalte und für die Schiedspflicht des Kapitels 3 ausspricht und diese Haltung mit seiner Unterschrift bekräftigt. Nur dann ist einigermaßen Gewähr dafür geleistet, daß die zu erwartende allgemeine Aklamation der Generalakte nicht bloß erfolgt, um die Vorbehalte in einem Tonfilm wohl-lautender Phrasen untergehen zu lassen.

Die gleiche Gefahr, daß Genf erhabene Prinzipien statt praktischer Taten produzieren wird, droht auch bei dem zweiten großen Gegenstand der kommenden Völkerversammlung: dem Problem der Vereinigten Staaten von Europa. Wird schon bei der bloßen Sicherung des Weltfriedens jeder Fußbreit Souveränität erbittert umkämpft, so ist das um so mehr der Fall bei Fragen, die in die wirtschaftliche Autonomie der Staaten eingreifen. Es sind zwar durch die Abkommen der letzten Jahre — zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, gegen die Aus- und Einfuhrbeschränkungen, gegen den ganzen „administrativen Protektionismus“ — gewisse Fortschritte gemacht worden, aber die Langsamkeit, mit der sie erfolgen, sind eine Warnung vor Illusionen. Es handelt sich hierbei ja nicht nur um die traditionelle Zerklüftung des europäischen Kontinents in Staatsgebiete mit eigener Wirtschaftspolitik. Ueber die bloße Trägheit des Denkens hinaus sind überall mächtige Wirtschaftskreise an der Erhaltung der bestehenden Zustände ökonomisch interessiert. Diese Zustände sind um so schwerer zu ändern und das Interesse der Allgemeinheit ist gegenüber den Einzelinteressen um so schwerer durchzusetzen, als überall die „Staaten“ gegenüber der „Wirtschaft“ verhältnismäßig schwach sind. Die Vereinigten Staaten von Europa, die seit 1924 eine Programmforderung der deutschen Sozialdemokratie sind, werden nur in dem gleichen Maße verwirklicht, in dem der demokratische Staat sich überhaupt gegenüber der Wirtschaft durchsetzt.

So ist von der Völkerversammlung 1929 in Hinblick auf die wirtschaftliche Vereinigung Europas an unmittelbaren Ergebnissen nichts zu erwarten. Sie wird aber ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen, wenn zum erstenmal im internationalen Parlament das Problem aufgeworfen und seine Lösung durch eine Aussprache vorbereitet wird.

Zeitgemäße Erinnerung.

Die „Vaterländischen“ wollten vom „Feindbund“ 13 Milliarden jährlich.

In Josef Wirths „Deutsche Republik“ veröffentlicht A. Kungemüller zeitgemäße Erinnerungen. Er erzählt, wie im Sommer 1917 unter den Soldaten im Felde a m i t l i c h eine Flugschrift des „vaterländischen Unterrichts“ gegen den Scheidemann-Frieden verbreitet wurde. Dieser Friede ohne Entschädigungen, so hieß es dort, würde für Deutschland „einen Frieden der Schuldnechtheit“ bedeuten. Aber der Frieden „muß uns eine Kriegsentzückung in Gold, Nahrungsmitteln, Produktionsmitteln und Schiffen bringen“. Was die Annelationen betrafte, dürfe man sich keinesfalls mit Litauen und Rußland zufriedengeben, es müsse auch die „Angliederung“ Belgiens und der besetzten Gebiete Frankreichs verlangt werden.

Und nun die Frage der Finanzen. „Die Lasten trägt der Feind!“ Selbstverständlich. Doch hören wir die Einzelheiten: „Im Falle eines uns günstigen Friedens haben die Feinde zu bezahlen:

- a) die Kriegskosten einschließlich der Aufwendungen der Bundesstaaten und Gemeinden 120 Milliarden Mark;
 - b) die Renten und Rüstungsausgaben auf ungefähr vierzig Jahre 45 Milliarden Mark;
 - c) die Kolonialschäden 5 Milliarden Mark;
 - d) die Verluste der Privatwirtschaft 30 Milliarden Mark;
- zusammen 200 Milliarden Mark, was einer Annuität von dreizehn Milliarden Mark entspricht.

Da diese Karrenrechnung trag, und Deutschland, wie es bei einer Fortführung des Krieges bis zur Entscheidung gar nicht anders sein konnte, im Kampfe gegen die ganze Welt unterlag, haben sich unsere Nationalisten zur sozialistischen Forderung des Friedens ohne Entschädigungen und zur Annullierung sämtlicher Kriegsschulden bekehrt. Sie sind sehr stillschweigend entrüstet, daß dieses Ziel noch nicht erreicht ist, und geben — der Sozialdemokratie die Schuld daran!

Die Deutschnationalen in Paris.

Eine Erklärung Hugenbergs.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen, Herr Hugenberg, erläßt folgende Erklärung:
Die Linkspresse bringt, gestützt auf Mitteilungen der „National-liberalen Korrespondenz“ und auf angebliche autoritative französische Äußerungen, die Nachricht, die deutschen Nationalisten hätten sich bereits Mühe gegeben, der französischen Regierung klar zu machen, daß sie, falls sie ans Ruder kämen, die gegenwärtige deutsche Außenpolitik nicht ändern würden. Aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß mit den deutschen Nationalisten die Deutschnationalen Volkspartei gemeint sein soll. Die aufgestellte Behauptung ist un wahr. Für die Deutschnationalen Volks-

Arbeitslose und Koalition.

Die Stimme der Gewerkschaften.

Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung von der politischen Seite her. Der unvollständige Gesetzentwurf, so wird hier ausgeführt, ist ein dokumentarisches Merkmal ungelöster Spannungen, zugleich aber auch des im Kabinett herrschenden Verständigungswillens, der hoffentlich für die Parteien ein nachahmenswertes Beispiel bleiben wird. Trotz der verständigen Haltung der Regierung ist ein unerbittlicher Koalitionswille nicht vorhanden, vielmehr hat der Zwang des Augenblicks zu einer Haltung geführt, durch die eine Krise vermieden wird. Für die Inangriffnahme des Young-Planes ist die Sozialdemokratie unentbehrlich, und so besteht ein objektiver Zwang zur Koalition. Besonders für das Zentrum wäre es ein Wagnis, den Abbau durchzusetzen mittels der Sprengung der bestehenden und der Bildung einer anderen Regierungsmehrheit, die nur durch den Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett herzustellen wäre. Bei der Lage, die nach einem solchen Regierungswechsel, vollzogen unter der Leitung der radikalen Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, entstehen würde, dürfte das Zentrum lange Zeit hindurch es nicht zu einem Wahlsieg kommen lassen und wäre dann gezwungen, jedem Druck der Deutschnationalen nachzugeben.

Der Aufsatz kommt zu diesen Schlußfolgerungen:

„Somit hat — auch wenn wir absehen von den notwendigen Rücksichten auf die Reparationsverhandlungen — unter den bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Regierungsmehrheit im Augenblick der bevorstehenden Entscheidung zum mindesten das Zentrum nicht die Wahl zwischen einer Koalition mit der Sozialdemokratie oder den Deutschnationalen. Sondern es bleibt ihm nur die Wahl zwischen einer Reform der Arbeitslosenversicherung in den von den Gewerkschaften gezogenen Grenzen mit der Sozialdemokratie und einer schweren Erschütterung des Bestandes der eigenen Macht an der Seite der Deutschnationalen. Das wird, hoffen wir, gleichfalls dahin wirken, daß die Haltung der bürgerlichen Teilhaber an der Großen Koalition fernerhin bestimmt sein wird von Erwägungen weitblickender politischer Einsicht.“

Im Sozialdemokratischen Pressebüro veröffentlicht Genosse Kuschäuser einen Artikel, in dem er Korrekturen der Ausschlußbeschlüsse erster Lesung fordert. Diese Beschlüsse, die sich gegen die vorhandenen Mißbräuche wenden, müßten noch geändert werden, soweit in ihnen Härten enthalten sind. Jetzt gehe es um die

Frage, ob über die Abstellung der Mißstände hinaus die als Rechtsanspruch versprochenen Unterstützungsfälle abgebaut werden dürfen. Die Kürzung soll so erfolgen, daß nur der die vollen Sätze erhält, der 52 Wochen in Beschäftigung gestanden hat. Dadurch würde die Arbeitslosenversicherung in zwei Gruppen geteilt, und nur diejenigen hätten noch einen gerechtmäßigen Rechtsanspruch, die zuvor ein Jahr in Arbeit gestanden hätten. Für alle anderen würde die Versicherung auf eine Fürsorgeunterstützung herabgedrückt. Diejenigen, die unverschuldet häufiger arbeitslos werden, würden dafür noch bestraft werden. Das würde besonders die Älteren treffen, die kaum noch Arbeit finden und daher gezwungen sind, jede noch so kurzfristige Beschäftigung anzunehmen. Die Folge müßte auch eine Minderung des Beitragsystems sein, denn hohe Beiträge könnten nicht beibehalten werden, wenn die Gegenleistungen erst abgebaut sind. Dann drohe aber auch Anwendung dieses Prinzips auf die Krankenunterstützung, so daß der, der häufig krank ist, weniger Unterstützung erhalten würde. Für die Unternehmer wäre ein Anreiz gegeben, ihre Belegschaften möglichst kurzfristig zu beschäftigen, um Sozialbeiträge einzusparen.

Angesichts der hohen Bedeutung dieses Streitpunktes wird die Sozialdemokratie ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt nicht aufgeben können.

Auch bei der Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung wird sie soziale Härten ablehnen müssen. Es kann sich nur darum handeln, an Stelle der Sonderfürsorge der Saisonarbeiter wieder in die Versicherung einzugliedern und einen gerechten sozialen Ausgleich zu gewährleisten. Dabei ist zu beachten, inwieweit im Baugewerbe neben der saisonmäßigen auch eine allgemeine konjunkturrelle Arbeitslosigkeit besteht. Genosse Kuschäuser schließt:

„In den ersten Tagen des Septembers muß bei dem Wiederaustritt des Sozialen Ausschusses zunächst innerhalb der an der Regierung beteiligten Parteien die Entscheidung über den hier besprochenen Hauptstreitpunkt fallen. Der Zentrumspartei, die sich ihre endgültige Stellungnahme bis zu der auf den 31. August nach Freiburg i. Breisgau einberufenen Fraktionsversammlung vorbehalten hat, ist bei der Lösung der Schlüsselfrage der ganzen Versicherungsreform eine hohe Verantwortung in die Hände gelegt. Von ihrer Haltung ist die Möglichkeit einer etwa gegebenen Wehrheitsbildung gegen die Sozialdemokratie abhängig. Abbau der allgemeinen Versicherungsleistungen oder nicht? Diese Frage wird im Brennpunkt auch der bevorstehenden politischen Entscheidungen stehen müssen.“

Befahrungsjustiz!

Ein Führer der Arbeitersportler verurteilt.

Landau, 30. August.

Vor dem Militärpolizeigericht Landau war angeklagt wegen beleidigender Haltung gegen die Befahrungsmacht der Vorsitzenden der Freien Turn- und Arbeiterbewegung Ludwigshafen, der Krankentrassenkontrollleur Jakob Krug aus Ludwigshafen. Der Anklage lag ein Bericht des französischen Offiziers der Rheinmühle an der Brücke Ludwigshafen-Mannheim zugrunde, monach am 23. Juli 1929 auf der Rückfahrt von Kraiberg Teilnehmer eines Transportes von etwa 1500 pfälzischen Arbeitersportlern vor der französischen Rheinmühle an der Rheinbrücke in Ludwigshafen beleidigende Ausdrücke gegen Befahrungsbefugnisse gebraucht und die Häute unter Bewandlungen gegen die französische Wache erhoben hatten. Krug erklärte, daß an all diesen Behauptungen nichts Wahres sei. Auf der Brücke hätten die jungen Turner aus Freude über ihre Heimkehr in die Pfalz mit Lächeln und Händen den Passanten zugewinkt. Der deutsche Volkshauptwachmeister Schmidt sagt ebenso aus. Der französische Offizier blieb jedoch bei seiner Anklage. Staatsanwalt Obé nahm seinen einzigen Belastungszeugen gegen die Ausfogen der deutschen Zeugen in Schutz, gab aber die Möglichkeit eines Mißverständnisses an. Verteidiger Dr. Führ forderte Freispruch, da ein „Beweis“ für eine beleidigende Haltung nicht erbracht sei. Das Gericht ging weit über den staatsanwaltschaftlichen Antrag hinaus und verurteilte Krug zu acht Tagen Gefängnis und 70 M. Geldstrafe.

Konflikt Wirth-Kaas.

Es wird doch nicht schlimm werden?

Wie sich aus der „Germania“ (Nr. 402) ergibt, befindet sich Dr. Wirth in der für ihn „als Minister wie als Politiker der Zentrumspartei“ unangenehmen Lage, daß über die Locarno-Kommission zwei grundverschiedene Rechtsauffassungen bestehen. Der Jurist des Auswärtigen Amtes Dr. Gaus ist der Meinung, die bisher im Locarno-Vertrag vorgesehenen Kommissionen hätten von jeher das Recht gehabt, sich auch mit dem entmilitarisierten Gebiet zu beschäftigen; es sei ein Vorzug, daß die Anrufung dieser Kommissionen möglich sei, statt den Völkerversammlung unmittelbar damit zu beauftragen. Der Zentrumsvorsitzende, Prälat und Professor des Kirchenrechts Kaas, hingegen bestreitet das und erklärt, daß diese Locarno-Kommissionen dazu nicht da seien, insofern dessen die in Genf erfolgte ausdrückliche Einschaltung dieser Kommissionen eine Art neugeschaffenes Untersuchungsverfahren bedeute. Wirth bezeichnet diesen Streit als den Streit zweier Juristen, den er nicht lösen könne.

Es wird mitgeteilt, daß auf einer Zentrumsfraktion in Freiburg, zu der Dr. Wirth vom Haag bereits unterwegs ist, diese Auseinandersetzung noch eine Rolle spielen werde. Wir wollen hoffen, daß nicht erst die Einsetzung eines Schiedsgerichtes den Streit zwischen dem Minister und dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion schlichten muß. Vielleicht könnten sich die um juristische Formulierungen streitenden Geister als Politiker auf die Feststellung einigen, daß bisher niemals ein Verstoß gegen die Entmilitarisierungsbestimmungen vorgekommen und vor irgendeine internationale Instanz gebracht worden ist; ebenso ist auch in Zukunft nichts einfacher, als das zu vermeiden; indem nämlich wie bisher peinlich darauf geachtet wird, daß solche Verstöße gegen die Entmilitarisierung nicht vorkommen; dann erfolgt nämlich auch keine Anrufung des Völkerrundes oder einer Kommission. Wenn sich die Politiker in den einandergeratenen Juristen wieder durchsetzen, wird diese Feststellung eines einfachen Tatbestandes wohl genügen, um zwischen ihnen die Versöhnung — auch ohne Feststellungs- und Verjährungskommission — zustandzubringen.

Nach der Räumung von Koblenz wird dort Staatspolizei eingeführt. Präsident soll Landtagsabg. Kleinwerner (Soz.) werden.

Russische Alarmmeldung.

Angeblliche Brutalitäten der Chinesen.

Moskau, 30. August. (Sowjetagentur.)

Meldungen aus der Mandchurei zufolge wurden in Tscholainor vier Sowjetbürger hingerichtet, weil sie zufällig die Drahtverhau berührt hatten.

Die Vorkämpfer in Chargin sind über die Behandlung der verhafteten Sowjetbürger durch die chinesischen Behörden entrüstet. Die Verhafteten sind in sanitätswidrigen Unterkünften untergebracht und werden von Epidemien heimgeheilt.

Tschiangkai-schek's Leibgarde entlassen!

Schanghai über Paris, 30. August. (Havas.)

Unter der Leibgarde Tschiangkai-schek's ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, die von einem Beauftragten Fengjiaung angezettelt war. Zwei Mitglieder der Leibgarde sollen in der Absicht, den Präsidenten Tschiangkai-schek zu ermorden, in sein Schlafzimmer eingedrungen sein, sich aber wieder zurückgezogen haben, als sie ihn nicht schlafend fanden.

Mord auf der Bühne.

Eine Kulalenta.

Moskau, 30. August. (Ost-Expres.)

Auf offener Bühne ist vor einer größeren Zuschauermenge im Dorf Ruschowo der Leiter der dortigen kommunistischen Jugendorganisation Petrenko ermordet worden. Die Tat geschah während einer Liebhaberaufführung, wobei Petrenko entsprechend der Handlung des aufgeführten Dramas erschossen werden mußte. Die sowjetfeindliche Bauerngruppe des Dorfes hatte es nun verstanden, den zur Verwendung kommenden Revolver mit starken Patronen anstatt mit Bleipatronen laden zu lassen und Petrenko wurde von einem der Mitspieler, der völlig ahnungslos war, auf diese Weise getötet. Die Anstifter des Komplotts sind im Zuchthaus von 2 bis 6 Jahren bestraft worden.

Zuzug zum Schutzbund.

Wohnung zur Besonnenheit.

Wien, 30. August. (Eigenbericht.)

In einer erweiterten Sitzung des Bundesvorstandes des Republikanischen Schutzbundes referierte Dr. Deutsch über die politische Lage und die nächsten Aufgaben.

Deutsch gedachte zunächst der Taten von St. Lorenzen und wies dann darauf hin, daß die Putschisten im Lager der Heimwehren einen immer größeren Einfluß gewonnen hätten. Im Augenblick wären sie vielleicht etwas erschreckt, aber man müsse damit rechnen, daß sie schon in den nächsten Wochen wieder zu neuen Streichen ausholen. So wenig der Schutzbund Zusammenstöße suche, bleibe ihm in der gegenwärtigen Situation nichts übrig, als auf jede Eventualität vorbereitet zu sein. Dem Schutzbund seien seit St. Lorenzen viele Tausende neuer Mitglieder zugeströmt. Jetzt gelte es vor allem kaltes Blut zu bewahren und besonders darauf zu achten, daß nicht durch Unbesonnenheiten einzelner den Gegnern ein Vorwand zu „Aktionen“ gegeben werde.

Sozialdemokratischer Parteisekretär verhaftet.

Wien, 30. August. (Eigenbericht.)

In Kapsenberg bei Graz wurde der sozialdemokratische Parteisekretär Tösch unter dem Verdacht der schweren Körperverletzung verhaftet. Er wird nun fünf Heimatschützern beschuldigt, in St. Lorenzen geschossen zu haben. Ein Heimwehrmann behauptet sogar, Tösch habe den Schuß abgegeben, der einen Schutzbündler zu Tode getroffen hat. Diese Beschuldigungen sind absolut erlogen. Tösch hatte keinen Revolver bei sich und stand in der Nähe des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wallisch, der bestätigt, daß Tösch keinen Schuß abgefeuert hat. Die Verhaftung ist um so merkwürdiger, als die Heimatschützen, die den Überfall auf die sozialdemokratische Versammlung unternommen und geschossen haben, bisher nicht unter Anklage stehen.

Hintermänner des Bombenkampfes.

Der Krieg um Neumünster.

Aus Neumünster (Holstein) wird uns geschrieben:

Inmitten einer bestellten Demonstration zu Ehren des aus dem Gefängnis entlassenen Hampfens-Telenbüll führten die völkischen „Landvolk“-Leute ihre Senfenschnitzerei mit. Bei dem Versuch, die Demonstration aufzulösen und die Fahne zu beschlagnahmen, kam es zu Tätlichkeiten mit der Polizei, in deren Verlauf der Senfenschnitzträger verletzt wurde.

Mit der verunglückten Demonstration war aber noch nicht die Rettung der Bandenführer erledigt. Sie proklamieren den Boykott der Stadt und schlugen schließlich Friedensbedingungen vor, die die „Kriegsschädigung“ zur Abwechslung einmal vom dem Sieger forderten: die Beilegung des sozialdemokratischen Bürgermeisters, Rente für den Hohnträger, bare 10 000 Mark, weitere Reparationen und die Erfüllung ähnlicher Scherze und mehr wurden verlangt.

Der Regierungspräsident, der die beteiligten Feinde zu einer Besprechung einlud, erhielt eine Abkloge, in der er, „der hochverehrte tapfere Volksgenosse“ als der hervorragendste Vertreter des „jüdischen Ausschlagungssystems“ bezeichnet wurde, dessen „Dienste dem wertvollsten Steuerzahler mit dem Gummistückchen der blauen Orden der Republik verleihe“. In dem Brief heißt es weiter, daß der „Regierungspräsident samt seiner Clique überhaupt nicht für das Landvolk existiere“ und „nicht zu verhandeln, sondern mit seinem Verschwinden am besten diene“. Die unterzeichneten Landvolkführer nannten sich unter schriftlich „Die Ritter des Gummistückchens zum blauen Fleck“.

Dieser „Humor“ ist zwar etwas edel, aber drastisch. Solange er in diesem getrockneten Linte blieb, mochte es noch hingehen, wenn gleich es besser gerochen wäre, von vornherein ebenso ruhig und zielbewußt wie energisch dem doch immerhin kleinen Häuflein der Völkischen den nötigen Respekt vor dem Staatsganzen beizubringen. So richtig es ist, daß allzu scharf spöttlich macht, so richtig ist es, daß Verhandlungswille dort als Schwäche ausgelegt wird, wo die Zeit zum Verhandeln längst vorüber ist. Die eigentliche Antwort der Völkischen auf den Vorschlag des Regierungspräsidenten war jedoch nicht die Abkloge der „Ritter des Gummistückchens“, sondern die Hüllenmaschine im Hause des Regierungsvizepräsidenten Grimpe in Schleswig. Nur durch einen Zufall blieb diesmal ein Unglück vermieden. Als Urheber kommen zweifellos dieselben Kreise und Personen in Frage, die hinter den bisherigen Attentatsversuchen in Schleswig-Holstein stehen.

Parteipolitisch gesehen ist die Landvolkbewegung nicht stark. Sie hat einige Kester an der abgelegenen Westküste, wo sich die Hitler-Jünger festgesetzt haben und von wo aus sie dann und wann ihre Streifzüge unternehmen. Ihre Herrschaft verhalten sie mit allen Mitteln festzuhalten und der Bauer und Kleinstädter, auch wenn er nicht völkisch denkt, ist in der Regel viel zu phlegmatisch, als daß er den Verfallungsläusen mit der nötigen Entschlossenheit entgegentritt. Wie wenig die völkische Bewegung in Schleswig-Holstein in Wahrheit bedeutet, werden die kommenden Provinzial- und Gemeindevahlen im September am besten zeigen.

Inbesseren befreit diese Tatsache die behördlichen Organe nicht von der Pflicht, auch von sich aus jene Maßnahmen zu treffen, die den festen Willen zur Energie verlippen lassen. Maßregelungen der Polizeiorgane, wie jetzt in Neumünster, erreichen das Ziel nicht, sondern verstärken die Auffassung der Hitler-Leute, daß sie einen schwachen Gegner ungestraft verhöhnen dürfen.

Admiral Tiplitt.

Das Revolutionsgeschiff „Falke“.

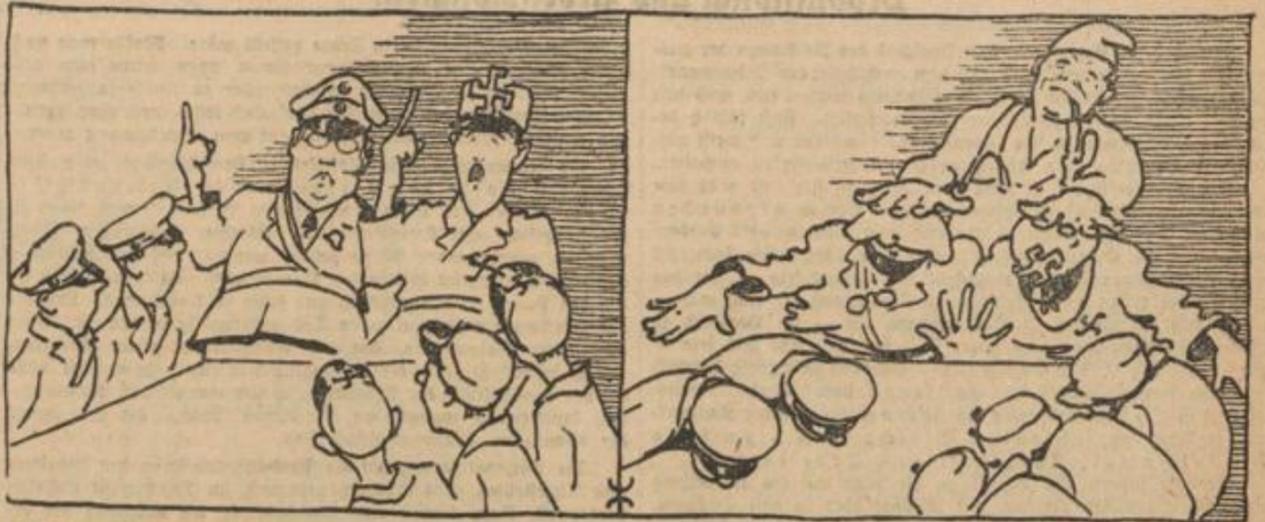
Port of Spain, im August. (Eigenbericht.)

Wenn es nicht wieder einmal um den deutschen Namen ginge, könnte das Abenteuer des Dampfers Falke, der nach seiner revolutionären Verfahrt nach Venezuela endlich in den hiesigen Hafen eingelaufen ist, als lächerlich und im gewissen Sinne operettenhaft betrachtet werden.

Die Vernehmung des Kapitäns und der Mannschaft durch die britischen Hafenbehörden haben Tatsachen ergeben, über die man inmitten des 20. Jahrhunderts nur verwundert den Kopf schütteln kann. Kapitän Tiplitt, ein Mann, aus dem man nicht recht klug werden kann, ob er zum Narren gehalten worden ist oder die venezolanischen Revolutionäre zum Narren gehalten hat, erklärte, daß sein Schiff die Farben der neuen revolutionären Regierung (die noch keinen Fuß in ihr Land gesetzt hatte und nur aus 22 an Bord befindlichen Revolutionären bestand) geführt hätte. Weitere Erklärungen brachten die erstaunliche Tatsache zutage, daß der Kapitän, als er der neuen revolutionären Regierung den Treueid geleistet hätte, zum ersten und gleichzeitig einzigen Admiral

Geteilte Reile — doppelte Reile.

(Stahlhelm und Salentkruz sitzen zusammen im Vorstand des Eugenbergschen Volksbegehrns.)



Hilfer und Seidte: „Also, Kam'raden, wir marschieren unter der alten Devise: Getrennt marschieren und —“

Michel: — vereint blamieren!“

Polen liquidiert weiter.

Zugleich muß es Widerrechtlichkeit zugeben.

Warschau, 30. August.

Im polnischen Regierungsanzeiger werden zwei sogenannte Liquidationsbeschlüsse veröffentlicht, wonach das Eigentum in den Besitz des polnischen Staates übergeht. Es handelt sich 1. um das der Familie von Derhen gehörige Rittergut Pempowo (3066 Hektar) und 2. um den Kleingrundbesitzer Paul Fröh, Marischen, Kr. Wirsch. Die Räumungsfrist beträgt im ersten Fall einen Monat, im zweiten vierzehn Tage.

Im Falle des Ritterguts: Pempowo im Kreise Gostyn, das einen Umfang von 3066 Hektar hat, Besitz des Herrn v. Derhen ist und mit keinem gesamten lebenden und toten Inventar in das Eigentum des polnischen Staates übergeht, ist die Höhe der Entschädigung auf 6 000 000 Zloty festgesetzt. Einen Monat nach Uebergabe des Gutes an den neuen Besitzer muß der bisherige Eigentümer seinen Besitz verlassen.

Für das Hausgrundstück des Paul Fröh in Wroclaw, beträgt die Entschädigung 1000 Zloty. Gegen diese Entschädigung werden jedoch 1176,65 Zloty Liquidationskosten aufgerechnet, so daß das Grundstück tatsächlich ohne jede Gegenleistung in den Besitz des polnischen Staates übergeht. Die Schuld von 176,65 Zloty wird dem Enteigneten erlassen.

Die nächste Nummer des Gesetzblattes veröffentlicht abermals sechs Beschlüsse des Liquidationskomitees in Polen vom 23. August. Es handelt sich hier um sechs kleinere städtische Objekte im Werte zwischen 3000 und 6000 Zloty. Es sind dies: ein Objekt in Ulsch, eines in Tempelburg, in Wollstein, Bobgorz, Schweiz und Czarnow. Zehn Tage nach Uebernahme der betreffenden Be-

sitze durch die Neuerwerber müssen die alten Besitzer die Grundstücke verlassen.

360 Liquidationen als widerrechtlich anerkannt!

Genf, 30. August. (Eigenbericht.)

Im Völkerbundsekretariat wurde am Freitagabend zwischen Polen und Deutschland ein Abkommen über die Regelung der oberschlesischen Enteignungen unterzeichnet.

Polen hatte rund 40 000 Hektar Boden von Personen enteignet, die als deutsch geglaubt waren, aber auf Grund des Wiener deutsch-polnischen Abkommens 1924 Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit machten. Ueber 365 besonders traurige Fälle ist unter der Leitung des Präsidenten des gemischten ober-schlesischen Schiedsgerichtes in Paris verhandelt worden. In 154 Fällen wurde den Enteigneten die polnische Staatsbürgerrechte zuerkannt und diese Liquidationen für unzulässig erklärt. 40 Fälle betrafen juristische Personen, wie Genossenschaften usw.; sie werden laut dem Abkommen dem Haager Gerichtshof überwiesen. Die rechtlichen Fälle, z. B. alle die, bei denen Frau und Mann in Gütergemeinschaft leben, aber nur einer von ihnen die polnische Staatsangehörigkeit fordern kann, müssen ab 1. Dezember d. J. von einer deutsch-polnischen Kommission geprüft werden. Dieser Kommission kann Deutschland bis zum 1. Oktober noch weitere Fälle melden. Die bis zum 1. April 1930 fertig bleibenden Fälle werden dem Haager Gerichtshof überwiesen.

Fast alle Liquidationen, deren instanzlose Rückgängigmachung Polen bisher zugestehen mußte, waren Anfang 1928 von Polen Deutschland gemeldet worden mit dem Anerbieten, die Liquidation gegen Entschädigung durch Deutschland rückgängig zu machen.

Venezuelas ernannt worden war und davon in feierlichster Weise Kenntnis vor seiner Mannschaft genommen hatte. Mit fliegenden Revolutionsflaggen fuhr das Schiff in den Hafen von Cumana ein und begann seine Revolutionäre mit Munition und Waffen auszuladen. So weit war alles programmäßig und ganz der Tradition lateinamerikanischer Revolutionen angepaßt. Aber im Handumdrehen wurde die Geschichte ernsthaft, als die Regierungstruppen den Kampf aufnahmen und auch das Schiff beschossen, wobei dritte Offizier des „Falke“ getötet wurde. Nach zweistündigem Kampf zog „Admiral“ Tiplitt vor, den Hafen mit großer Eile zu verlassen und nach Grenada zu fahren, wo er den Rest seiner Munitionsladung und seiner revolutionären Ueberbleibsel an Land setzte. Unter anderem im Namen kam das Schiff dann hierher, wo aber die Behörden dank der Radiowarnungen der venezolanischen Regierung rasch herausfanden, wer sich hinter dem Namen „AnzoATEGUI“ versteckte. Jeder Verkehr zwischen Schiff und Hafen wurde sofort verboten, Lieferung von Vorräten und Kohle an das Schiff streng unterlag, und augenblicklich kann kein Mensch logen, was aus dem Schiffe werden wird.

Der deutsche Generalkonsul hat in längeren Bernehmungen der Schiffsoffiziere und der Mannschaft festgestellt können, daß der Kapitän die Leute mit der Pistole in der Hand gezwungen hatte, seine Befehle auszuführen. Die Leute erklärten, mit dem Kapitän nicht mehr auszuführen.

Aber, Herr Präsident!

Wie steht es mit der Toleranz?

I.

Auf dem Freiburger Katholikentag sprach Reichskanzler a. D. Marx am Donnerstag unter heftigen Angriffen auf die weltliche Schule über „Neuzeitschulfragen“. Marx bedauerte unter anderem, daß es bisher nicht gelungen sei, die Bestimmungen der Reichsverfassung über das Schulwesen in vollem Umfang zur Durchführung zu bringen. In Preußen habe man neuerdings die Kinder, die auf Grund der Weimarer Verfassung nach der Erklärung ihrer Eltern am Religionsunterricht nicht teilnehmen sollen, in sogenannten Sammelklassen vereint. Diese Regelung habe im Laufe der Zeit zu immer größer werdenden

Tranon-Theater.

„Das kommt doch alle Tage vor.“

Eine Schriftstellerreihe geht infolge mehrerer Seitenprünge des Mannes auseinander und im dritten Akt auf unwahrscheinliche Weise wieder zusammen. Das bemerkenswerte nicht-sagende und altmodische Lustspiel (von Sven Reergard) führt Johannes Riemann zu einem freundlichen Erfolg. Dgr.

Schwierigkeiten geführt. Infolgedessen könnten die deutschen Katholiken vielleicht schon in naher Zukunft vor die schwersten Entscheidungen gestellt werden. Dann aber gehe es ums Ganze und dann werde die Kampfparole lauten: „Die christliche und konfessionelle Schule, die weltliche und religionslose Schule.“

II.

Am Freitag sprach der Präsident des Katholikentages in der ersten öffentlichen Versammlung nach der üblichen Audienz des Papstes der preußischen Staatsregierung Donk aus dafür, daß sie durch Abschluß des Kirchenvertrages „für Preußen auf weitem Gebiete die Gefahr störender Konflikte mit der katholischen Kirche und damit auch den katholischen Staatsangehörigen auf absehbare Zeit ausgeschlossen“ habe. Dann beschwerte er sich über gehässige konfessionelle Angriffe gegen die Katholiken und fügte hinzu: „Es sind noch niemals konfessionelle Angriffe auf Katholikentagen erfolgt!“

III.

Der Präsident, der diese Rede hielt und diese Toleranz predigte, war derselbe Dr. Wilhelm Marx, der tags zuvor so heftige Angriffe auf die weltliche Schule richtete und „schwerste Entscheidungen der Katholiken“ schon für die nächste Zeit ankündigte.

Aber, Herr Präsident! Wie verträgt sich das eine mit dem andern? Soll die Duldbarkeit nur gegen Katholiken gelten, nicht aber für solche, die anderer Weltanschauung sind?

Stecherei in Weissensee.

Salentkruzler Die Täter.

In der Partystake in Weissensee ist es gestern abend nach Schluß einer kommunistischen Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Salentkruzlern gekommen. Diese, zum größten Teil schwer bewaffnet, drangen auf ihre Gegner ein und zwei Kommunisten erlitten schwere Stichverletzungen; sie wurden von der Polizei ins Weissensee Krankenhaus gebracht. Der Täter, von dem festgestellt werden konnte, daß er der Hitler-Partei angehört, konnte gefangen werden. Ein Nationalsozialist soll leichte Verletzungen erlitten haben.

Bei der gestrigen Demonstration der Kommunisten am Mollenmarkt wurde ein Kommunist, der auf einen Passanten einzuschlagen versuchte, festgenommen.

Genosse Paul Löbe befindet sich seit einigen Tagen in Regensburg wegen seines Gallenleidens zur Kur. Beunruhigende Gerüchte, die von der Notwendigkeit einer Operation sprachen, haben sich erfreulicherweise als unbegründet herausgestellt.

Die Interparlamentarische Union wird auf Einladung der Arbeiterpartei 1930 in London tagen.

Arbeitsmarktpolitik!

Produktivität und Arbeitslosigkeit.

Während im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags der aus- schließlichste Versuch gemacht wird, mit dem Rechenstift den Arbeitsmarkt auszugleichen, leben Millionen, die arbeitslos waren, sind, und sein werden, unter dem Alpdruck der Arbeitslosigkeit. Fast täglich bekommen wir Zuschriften, die davon Zeugnis ablegen und meist gutgemeinte Vorschläge zur Abstellung der Arbeitslosigkeit enthalten.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht „ein Ding an sich“, ist nicht eine „versicherungstechnisch“ zu lösende Frage. Sie ist verbunden mit der Gesamtwirtschaft und kann nicht „erzahlt“ werden, wenn man die Gesamtwirtschaft außer Acht läßt. Sie kann bei einer rückständigen Produktionstechnik sehr gering sein — wie das während der ersten Nachkriegsjahre in Deutschland der Fall war — ohne daß deshalb der Produktionsstand ein — im Vergleich zu anderen Industrieländern — hoher ist. Sie kann sehr hoch sein — wie seit Anfang 1928 in Deutschland — während gleichzeitig Produktion und Produktivität stark gestiegen sind. Große Arbeitslosigkeit ist also nicht notwendig ein Zeichen niederer Konstruktivität, sondern des fehlenden Gleichgewichts zwischen Produktivität, Kaufkraft und Arbeitszeit.

Deshalb führen alle Vorschläge, die nicht auf die Herstellung dieses Gleichgewichts abzielen, auf Abwege oder in eine Sackgasse. Die Ausschaltung der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung aus Rücksicht auf die öffentlichen Finanzen überweist die Ausschaltung der Wohlfahrtspflege, führt also gerade zur Belastung der öffentlichen Finanzen. Daß das Reich nicht einfach den Ländern und Gemeinden neue Kosten auferlegen kann, ohne sich um die Aufbringung der Mittel zu kümmern, liegt auf der Hand. Es ist eine grobe Selbsttäuschung, wenn man glaubt, die Gemeinden und Länder könnten und würden aus eigenen Mitteln die durch die sogenannte Reform der Arbeitslosenversicherung geplante Belastung der Wohlfahrtspflege tragen.

Ganz unzulänglich, wirtschaftlich und sozial überholt sind die Vorschläge, die darauf hinausgehen, die Frauarbeit — besonders die Arbeit der verheirateten Frau — durch Männerarbeit zu ersetzen. Im Zeitalter der Gleichberechtigung der Frau kann man diese Gleichberechtigung nicht politisch begrenzen. Man kann der Frau auch nicht die schlechtbezahlten Arbeiten vorbehalten. Und die Ausschaltung der verheirateten Frau, deren Mann ein ausreichendes Einkommen hat — ein dehnbarer, schwer abzugrenzender Begriff — würde der großen Masse der Arbeitslosen, d. h. den Saisonarbeitern und den Ungelernten gar nichts nützen. Ganz abgesehen davon, daß heute das Arbeitseinkommen die einzige Aussteuer der großen Masse der Frauen ist, ohne das eine Verschlebung — man denke nur an die Kosten einer Neuwohnung und der dazu

gehörigen Einrichtung — in Frage gestellt wäre. Wollte man nach dieser Richtung eine Regelung vornehmen, dann würde man entweder unerträgliche Zustände schaffen, oder zu einem so geringen Ergebnis kommen, das weder den Aufwand lohnt, noch eine irgend- wie ernsthaft fühlbare Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt brächte.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im wesentlichen eine Folge des Krieges und der Rationalisierung. Soweit das Baugewerbe in Betracht kommt, ist es in der Hauptsache eine Kriegsfolge. Die fehlenden Wohnungen können nicht im ausreichenden Maße gebaut werden, weil das bescheiden verzinsten Sparcapital infolge des Krieges noch nicht so aufgefüllt ist, um den Bauplatz auszureichend und billig zu finanzieren. Und die Hauszinssteuer wird zum guten Teil anderweitig verbraucht. Aber auch beim Baugewerbe, das die Geschäftslage vieler Gewerbe- zweige beeinflusst, spielt die Rationalisierung eine nicht geringe Rolle bei der Ausschaltung der Arbeiter. Zu dem mangelnden Wohnungsbau kommen die mangelnden öffentlichen Bauten, die eine Frage der öffentlichen Finanzwirtschaft sind.

Die Rationalisierung hat die Produktionsleistung des Arbeiters und Angestellten ganz erheblich gesteigert, im Durchschnitt vielleicht verdoppelt. Dazu kommt eine Umschichtung, die Ersetzung der erfahrenen, geübten Arbeitskräfte durch jüngere, ungelernete, oft weibliche. Die Kaufkraft, also das Einkommen der großen Massen mühte ganz außerordentlich gesteigert werden, wenn für die gesteigerte Produktivität ein entsprechender Absatz geschaffen werden soll.

Das ist aber ein viel zu langsamer Prozeß, der dem technischen Fortschritt nur im weiten Abstand nachhinkt. Deshalb muß zur Ergänzung die viel leichter und schneller durchzuführende Verkürzung der Arbeitszeit helfen, die Arbeitslosen wieder in die Produktion einzureihen.

Eine von der Gesellschaft bestimmte Arbeitsmarktpolitik tut not. Sie muß das Problem von allen Seiten anpacken: Stärkung der öffentlichen Finanzen zur Förderung der öffentlichen Arbeiten und des Wohnungsbau; Konjunkturausgleich bei Vergebung öffentlicher Aufträge; Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Produktivität, Beseitigung der Überstunden und scharfes Vorgehen gegen Überbetreibungen der Arbeitszeitbestimmungen, Förderung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Auch wenn eine solche Arbeitsmarktpolitik betrieben wird, werden die Zeiten von mehr oder weniger großer Arbeitslosigkeit nicht völlig verschwinden. Aber verschwinden wird die Arbeitslosigkeit als Alpdruck der Schaffenden, als schwere Belastung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft.

An die freien Gewerkschafter Berlins

An die Rohrleger und Helfer!

Die Spalter der Rohrlegerbranche Niederkirchner, Rohm und Komp. bestreiten einen Teil der Berliner Betriebe. Die Niederkirchner offen ausgesprochen, hat, richtet sich seine Unternehmung weniger gegen die Unternehmerorganisation, sondern vor allem gegen den Deutschen Metallarbeiterverband.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat vor einigen Monaten einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie, Gas- und Wasserleitungssachmänner und des Klempnergewerbes zu Berlin abgeschlossen. Dieser Vertrag hat sowohl im Lohn wie in den sozialen Bestimmungen Verbesserungen gebracht, die von der Verwaltung in Verbindung mit Niederkirchner verhandelt wurden, ein Vertrag, der sich durchaus sehen lassen kann. Fast einstimmig wurde von den Kollegen Rohrlegern und Helfern die dem Deutschen Metallarbeiterverband treu geblieben sind, das Verhandlungsergebnis angenommen. In freier Vereinbarung wurde der Lohn in der Spitze in der Zeit vom 1. Juni 1929 bis 30. September 1929 um 7 Pf. pro Stunde und vom 1. Oktober bis 31. März 1930 um weitere 4 Pf. pro Stunde erhöht. Danach beträgt der Stundenlohn für einen Rohrleger vom 1. Juni 1929 ab 1,66 M. pro Stunde, vom 1. Oktober 1929 ab 1,70 M. pro Stunde. Daneben sind nicht zu unterschätzende Verbesserungen des Manteltarifs erzielt worden.

Unter Beachtung dieser Tatsache wird die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Berlins verstehen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband und seine Mitglieder zu dem Tarifvertrag stehen und zu seinen Bedingungen arbeiten. Niemand darf glauben, daß zugunsten des Spalters Niederkirchner und seiner Getreuen der Deutsche Metallarbeiterverband tarifbrüchig werden wird.

Wir stehen zu dem Tarif.

weil er die Grundlage bildet für die weitere Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Rohrleger und Helfer Berlins.

Eine Organisation von der Größe des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der im Deutschen Reich mehr als 600 000 Mitglieder zählt — die Verwaltungsstelle Berlin zählt davon fast 90 000 Mitglieder — wird weiter darauf sehen müssen, daß sie ihrer Pflicht entsprechend auch ernst genommen wird. Seinen Einfluß nicht nur auf die Lohnverhältnisse der Rohrleger und Helfer, sondern auch der sonstigen Metallarbeiter würde der Deutsche Metallarbeiterverband untergraben, wenn er Niederkirchner und seinen Anhang ruhig schalten und walten lassen wollte.

Wenn die „Vereinigung der Rohrleger“ uns den schärfsten Kampf angeht, so nehmen wir diese Kampfanlage nicht tragisch. Gleichartige Geschehnisse wiederholen sich oftmals im Leben! Auch Niederkirchner hat seinen Vorgänger gehabt in der Berliner Verwaltungsstelle. 1906 hat Wiesenthal ebenfalls die Rohrleger und Helfer gespalten. Damals wie jetzt die gleichen Beschimpfungen und Verleumdungen gegen den Deutschen Metallarbeiterverband und seine Führer. Sehr schnell hat sich Wiesenthal unmöglich gemacht. Auch Niederkirchner wird durch Beschreiten des gleichen Weges früher oder später bei der Arbeiterschaft erledigt sein.

Der Streik der „Niederkirchner-Vereinigung“ zeigt schon jetzt die größten Schwächen. Die „Vereinigung“ hat bekanntgegeben, daß in der ersten Woche keine Streikunterstützung gezahlt wird. Unterstützungen sollen gezahlt werden „nach Maßgabe der vorhandenen Gelder“. Welch dehnbarer Begriff! — Die Mittel zur Führung des Streiks sollen durch Sammellisten aufgebracht

werden. Die in Arbeit stehenden Rohrleger und Helfer sollen verpflichtet sein, einen oder mehrere Stundenlöhne abzuführen.

Kein Arbeiter in der Metallindustrie und kein Rohrleger und Helfer ist verpflichtet, irgendeinen Stundenlohn abzuführen.

Die organisierten Rohrleger und Helfer, denen es unmöglich gemacht wird, ihre Arbeit fortzusetzen, werden vom Deutschen Metallarbeiterverband unterstützt.

Niederkirchner ist aber auch in diesem Kampf seinen bisher geheiligten Traditionen untreu geworden. Früher wurden die Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der anderen freien Gewerkschaften als „Berräter“ beschimpft, wenn nicht ein Streit auf der ganzen Linie erfolgte. Es wurde verlangt, daß er möglichst auf das ganze Industriegebiet ausgebeutet würde. Niederkirchner hat aber „aus strategischen Gründen“ nicht alle Betriebe der Zentralheizungsindustrie, Gas- und Wasserleitungssachmänner und des Klempnergewerbes zu Berlin zum Kampf aufgerufen. Heute kann schon festgestellt werden, daß

gerade die Betriebe, in denen die größten Schreier der Kommunisten sitzen, ihre Arbeit fortsetzen und ruhig die anderen für sich streifen lassen.

Also mit der Parole: „Jeder Kampf muß auf der breitesten Grundlage geführt werden“, scheint es, wenn die Kommunisten einen Kampf führen, vorbei zu sein.

Auch die von den Kommunisten so oft gepriesene Demokratie wird in diesem Streik nicht angewendet. Bei den Betrieben, die sich zurzeit im Streik befinden, hat eine geheime Abstimmung meistens nicht stattgefunden. Selbst in den Betrieben, wo eine geheime Abstimmung stattgefunden hat, und sich die Mehrzahl der Arbeiter für Fortsetzung der Arbeit erklärte, wurden die Arbeiter unter dem größten Terror von der Arbeit ferngehalten.

Wir appellieren deshalb an die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft — und besonders an die Bauarbeiter —, daß sie den im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen aus den Bauwerken keine Schwierigkeiten bereiten. Sie haben die Pflicht als freigewerkschaftlich organisierte Kollegen, unsere Kollegen gegen den Terror der Kommunisten in Schutz zu nehmen. Sie achten ihren Tarifvertrag; wir wünschen für unsere Kollegen das gleiche. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer sind keine Streikbrecher, wie fortgesetzt behauptet wird. Aus diesem Grunde muß ihnen der Schutz eines jeden anständig denkenden Kollegen zur Seite stehen.

Die Disziplinierung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Verwaltungsstelle Berlin.

Hilfe für Pirmasens.

Eine Initiative im Reichsarbeitsministerium.

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete ist vom Reichsarbeitsministerium gebeten worden, wegen der außerordentlichen Belastung der Stadt Pirmasens auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge infolge der Riesenarbeitslosigkeit in der Schuhindustrie mit Bayern in Fühlung zu treten. Die Zuzahlung weiterer Bezüge des Pirmasenser Gebiets zur Krisenfürsorge wird zurzeit im Reichsarbeitsministerium erwogen. Hoffentlich folgen den Erwägungen bald Tatsachen.

Zum Streit bei Terna.

Ohne Zustimmung und Wissen des DWA.

Seit einigen Wochen streiken die Arbeiter der Firma Terna, ohne die Sanktion des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu haben. Die Vorgeschichte des Streiks ist kurz folgende:

Nach Abschluß des Lohnabkommens zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrieller auf Grund des Schlichtungspruchs des Schlichtungsausschusses entstanden Differenzen über die Durchführung des Vertrages. Diese Differenzen wurden in längeren Verhandlungen teils direkt mit den Firmen, teils mit dem DWA geordnet. Auch über die Firma Terna wurde im DWA verhandelt. Es kam zu einer Verständigung, jedoch wurde zur Austräumung einzelner Fragen vereinbart, daß die weiteren Verhandlungen im Betrieb selbst stattfinden sollen. Ehe diese Verhandlungen noch begonnen werden konnten, hatten die Arbeiter auf Anordnung der A.D., ohne ihre Organisation davon zu verständigen, die Arbeit niedergelegt. Unter diesen Umständen konnte der Deutsche Metallarbeiterverband dem Streik die Sanktion nicht geben.

Darüber erzählt man die „Rote Fahne“ eine lange Räuber- geschichte, wobei auch Genosse Ulrich, wie das so üblich ist, persönlich angegriffen wird. Im übrigen war Genosse Ulrich zurzeit des Ausbruchs des Streiks gar nicht in Berlin.

Vorgehen der Tapezierer.

Der Berliner Lohnarif gefündigt!

In der Mitgliederversammlung der Tapezierbranche am 23. August wurde eingehend über die Kündigung des Lohnarifs beraten. Der Branchenleiter Hohls berichtete über die Gründe, die bisher gegen eine Kündigung sprachen. Bei Ablauf des Abkommens — 31. März 1929 — lagen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt so schlecht, daß eine Forderung auf Erhöhung der Löhne kein besonderes Resultat versprach. Deshalb ließ man das alte Abkommen weiter laufen. Nachdem die Verhältnisse sich nunmehr gebessert haben, so daß einzelne Unterbranchen nicht nur befriedigend, sondern sogar gut zu tun haben, empfiehlt die Branchenleitung die Kündigung des Abkommens zum 15. September.

In der Debatte wurde gelagt, die Kündigung hätte schon früher vorgenommen werden müssen, da die Lebenshaltung eine dauernde Steigerung erfahren hat.

In seinem Schlusswort betonte Hohls, daß der Verband zwar alle organisatorischen Vorbereitungen für eine erfolgreiche Lohnbewegung getroffen habe, daß aber trotzdem die Kollegen sich der Situation bewußt sein und alles dazu tun müßten, um die Organisationsleitung zu unterstützen. Die Kündigung wurde hierauf einstimmig beschlossen.

Oftener berichtete dann vom 7. Internationalen Kongreß der Holzarbeiter. Die Tapezierer sind der Internationalen Union angeschlossen. Die internationale Verpflegung ist stark geworden. Ueber eine Million Mitglieder in 50 Verbänden verteilen sich auf 26 Länder in vier Erdteilen. Der Bericht fand die beifällige Aufnahme der außerordentlich stark besuchten Versammlung.

Ein erfundenes Geheimschreiben.

Die Verleumder triumphierten zu früh.

Die „Rote Fahne“ veröffentlichte am 25. Juli ein angebliches Geheimschreiben des Zentralvorstandes des Lederarbeiterverbandes an seine Verbandsstellen, in dem diesen Anweisungen erteilt werden, wie sie die „Säuberung der Zahlstelle Berlin“ von den Kommunisten vornehmen sollen. Dieses Schreiben war, wie im „Vorwärts“ bereits festgenagelt wurde, von A bis Z erfogen.

Der Zentralvorstand des Lederarbeiterverbandes wollte zunächst durch eine Beleidigungsliste gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ die Verlogenheit der kommunistischen Berichterstattung an den Pranger stellen, hat aber das Sühneverfahren auf juristischen Rat hin rückgängig gemacht, weil er sich über die Zwecklosigkeit dieses Vorgehens klar wurde. Die „Rote Fahne“ teilt diese Tatsache ihren Lesern gestern unter der Überschrift: „Die Spalter des Lederarbeiterverbandes gefasst“, mit und knüpft an die Mitteilung die Schlussfolgerung, daß damit der Beweis erbracht sei, welches schlechte Gewissen die „Bureaucraten“ des Lederarbeiterverbandes hätten. Sie verschweigt aber, daß ihr der Lederarbeiterverband auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung zugelassen hat, deren Veröffentlichung von ihr bis jetzt jedoch nicht erfolgte.

Die „Rote Fahne“ hat etwas zu früh die Angelegenheit als „erledigt“ gemeldet. Sie wird noch Gelegenheit haben, vor Gericht den Beweis für ihre schmutzigen Behauptungen gegen den Verbandsvorsitzenden des Lederarbeiterverbandes schuldig zu bleiben.

Wahlzettel 11. Bezirk (West- und Schindlarbeiter): Sonntag, 10. Ubr. Versammlung im Berliner Klubhaus, Dönhofsstr. Die Arbeitsmarktlage im Gewerbe erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Achtung, Presdenzrat! Die Fellbeträge für die Presdenzrat sind umgehend in der Jugendzentrale einzuweisen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten.

Spiele, Canaband, Spiel und Sport am dem Sportplatz im Humboldt-heim ab 18 Ubr.

Verantwortlich für Politik: **Karl Gersheim**; Wirtschaft: **G. Klingebiel**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Freizeiten: **Dr. John Schittowski**; Kollektive und Sonstiges: **Weis Karstadt**; Anzeigen: **Ed. Glöck**; (Amlich in Berlin).
Verlag: **Formel-Verlag G. m. b. H.** Berlin. Druck: **Bornhörs-Buchdruckerei** und **Berlin-Anstalt Paul Singer u. Co.** Berlin SW. 61, Emdenstraße 2.
Stets eine Beilage. „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vorwärts“.

Salberg in Berlin!

Eines der ältesten Einheitspreis-Unternehmen Deutschlands, das bisher in den Städten Köln, Leipzig, Dresden, München, Hannover, Essen, Frankfurt a. M., Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden Verkaufsstellen unterhielt, eröffnet heute am 31. August seine erste Filiale in Berlin, Königstr. 25-26. Salberg bringt in nur drei Einheitspreislagen (1.— M., 3.— M., 6.— M.) die letzten Neuheiten in Geschonk-u. Bedarfsartikeln, Galanterie, Lederwaren, Bijouterie und leistet durch Zentralinkauf für 13 eigene Geschäfte Unübertreffliches. Ein Besuch der Geschäftsräume der Firma ist unbedingt lohnend.

Der Kalebütz

Einige Minuten von Neustadt an der Dosse (Berlin-Hamburger Bahn) entfernt liegt das Dorf Kampehl. Ein Eiferjuchtdrama, das sich hier vor ungefähr 250 Jahren zwischen einem Junker und einem Schäfer abgespielt haben soll, macht den Ort zum Ziel vieler Wanderer, die die Mark Brandenburg nicht nur landschaftlich, sondern auch geschichtlich kennenlernen wollen.

In einem kleinen Anbau an der Nordseite der Dorfkirche liegt der vollkommen mumifizierte Leichnam des Kornetts (Bahnenjunker) Christian Friedrich von Kalebütz, der nach einer alten Urkunde angeklagt war, den Schäfer Piker aus Bückwitz, der eine Herde Schafe durch des Kalebützens Feld getrieben hatte, erschlagen zu haben. Die Familie Kalebütz oder Kahlbütz, beide Schreibarten sind in alten Büchern zu finden, war von 1524 bis 1783 im Besitz der beiden Rittergüter Kampehl, und es diente der Anbau an der Kirche der Familie als Grabkapelle. Um sich nun von dem Verdacht des Mordes zu reinigen, man erzählte sich, daß der Junker der Braut des Schäfers nachstellte, soll der Kornett von Kalebütz unter Eid ausgelegt, daß er den Schäfer nicht erschlagen habe. Zur Bekräftigung des Eides soll er hinzugefügt haben, daß er nie verweisen wolle, wenn er der Täter wäre. Tatsächlich bewiesen ist durch eine Urkunde aus dem Jahre 1890, daß ein Totschlagsprozeß verhandelt wurde, und es werden in der Urkunde der Name des Schäfers und der des Kalebützens erwähnt.

Bei einer Renovierung der Kirche im Jahre 1794 übergab man die Särge aus der Grabkapelle der Erde, öffnete sie jedoch noch einmal. Es stellte sich dabei heraus, daß alle Leichname, bis auf den des Kornetts Christian Friedrich von Kalebütz, vollkommen verwest waren. Das Auffinden dieser sich selbst mumifizierten Leiche erregte großes Aufsehen, da die übrigen verwesten Leichen der Grabkapelle auf gleiche Art beigesetzt worden sind. Kamhafte Mediziner haben sich bemüht, die Ursache der Erhaltung des Leichnams zu erforschen.

Die Abbildung läßt am unteren Rande im Brustkasten der Mumie eine Öffnung sehen, die bei einer Untersuchung hergestellt



Die Dorfkirche in Kampehl.



wurde. Man stellte dadurch fest, daß die Eingeweide nicht entfernt worden sind, des weiteren, daß die Leiche nicht einbalsamiert ist. Jedoch gehen die Ansichten über die Mumifizierung derselben weit auseinander.

Ein Seitenstück zu der Kampehler Mumie findet sich, wie bekannt, in Bremen. Im dortigen Dom ist ein „Beikeller“ genanntes Gewölbe, in welchem infolge der trockenen Luft die aufbewahrten Leichen zu Mumien austrocknen. Die älteste Leiche ist 460 Jahre, die jüngste 160 Jahre alt. Der „Beikeller“ besitzt diese Eigenschaft auch heute noch; man hängt von Zeit zu Zeit Tierkadaver auf, die auch vollkommen austrocknen.

Die Besichtigung der Kampehler Mumie ist kostenlos. Man kann an Ort und Stelle eine kleine, jedoch inhaltsreiche Schrift: „Der Kahlbütz“ für einige Pfennige erwerben, desgleichen eine photographische Aufnahme der Mumie, die Professor Strauch gelegentlich der wissenschaftlichen Untersuchung gemacht hat. Da man sich bei dieser Exkursion in der Nähe von Havelberg befindet, lohnt es sich, diese an Geschichte reiche Stadt zu besuchen. Der prächtige Blick über die alte Inselstadt von der Domhöhe aus ist unvergesslich. Der äußerlich so trugliche Dom birgt im Innern sehr viele Sehenswürdigkeiten; der Führer durch den Dom, ein Oberlehrer aus Havelberg, versteht es, das Wesentliche hervorzuheben und dem Besucher die tausendjährige Geschichte der Stadt mitzuteilen.

Die Sonntags-Rückfahrkarte nach Havelberg kostet 5,60 M. und berechtigt zum je einmaligen Unterbrechen der Fahrt, so daß man nach Belieben auf der Hin- oder Rückfahrt in Neustadt an der Dosse aussteigen kann.

Bermittelt wird seit Dienstag, den 27. August 1929, mittags 1 Uhr, der nervenranke Kriegsinvalid Richard Blamann, geb. 14. Juni 1889 zu Schivelbein. Bekleidet war er mit hellgrauem Anzug, hohen schwarzen Schnürschuhen, blaugrünem Hut und rosa Krawatte. Mitteilung erbittet Martha Weiß, Reutbün, Bahnstraße 73. Telefon: F 2 Reutbün 6406.

Der Untergang des San Juan.

65 Personen ertrunken. — 30 Überlebende.

San Francisco, 30. August.

Aus den Funkmeldungen der an der Unglücksstelle eingetroffenen Schiffe scheint hervorzugehen, daß bei dem Untergang des Personendampfers „San Juan“, der, wie gemeldet, nach einem Zusammenstoß mit dem Tankdampfer „Dodd“ an der kalifornischen Küste gesunken ist 65 Personen den Tod in den Wellen gefunden haben. Die Rettungsschiffe berichteten, daß sie 30 Überlebende an Bord genommen haben. Der Dampfer „San Juan“ ging innerhalb von 5 Minuten unter. Mannschaft und Passagiere wurden ins Wasser geschleudert. Obgleich der Tankdampfer bei dem Zusammenstoß selbst ein großes Leck erhalten hatte, ließ er doch Boote herab und beteiligte sich am Rettungswork, das sich infolge des dichten Nebels, der an der Unglücksstelle herrschte, sehr schwierig gestaltete. Die Geretteten erklären, daß sie gesehen hätten, wie der Kapitän der „San Juan“ mit seinem Schiff unterging.

New York, 30. August.

Zu dem Schiffszusammenstoß bei Pigeon Point, etwa 50 Kilometer südlich von San Francisco, wird weiter gemeldet: Der Dampfer „San Juan“ sank im Verlauf weniger Minuten. Am Rettungswork beteiligte sich hauptsächlich der Dampfer „Santa Monaca“, der mehrere Rettungsboote ausfahren konnte, um die im Meere treibenden Fahrgäste zu retten. Auch das Motorschiff „Frank Lynch“ soll Passagiere aufgelesen haben. Der Dampfer „San Juan“ konnte vor seinem Untergehen noch SOS-Rufe hinausjenden; der Kapitän des Schiffes ist ertrunken. Der Dampfer „Dodd“ sandte gleichfalls SOS-Rufe aus, da er schwer beschädigt wurde. Die letzten Nachrichten von der Unglücksstelle besagen, daß zwei Stunden nach Untergang des Dampfers „San Juan“ keinerlei Rettungsboote mehr auf dem Meere trieben. Der Dampfer „Dodd“ ist 4400 Tonnen groß.

Aus San Francisco wird weiter gemeldet: Die zum Rettungswork herbeigerufenen Schiffe suchen noch die Unglücksstelle ab, was durch dichten Nebel sehr erschwert wird. Man befürchtet außerdem, daß durch das außerordentlich schnelle Sinken des Dampfers vielleicht Fahrgäste in den Kabinen ertrunken sind. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß Rettungsboote in den Strudel des sinkenden Schiffes mit hinabgezogen sein können. Die Geretteten können nicht viel Einzelheiten berichten.

Holzwohle unter den Ziegeln.

Die Ursache des Großfeuers am Kurfürstendamm.

Zu dem Großfeuer am Kurfürstendamm 178 wies uns von einigen Handwerkern, die auf dem Dach des Hauses mit Arbeiten beschäftigt waren, folgendes über die Ursache des Feuers mit seinen verheerenden Folgen mitgeteilt:

Beim Lötten auf dem Dach des Unglückshauses mit einem polizeilich abgenommenen und in Ordnung befindlichen Lötlapparat sprang plötzlich auf ganz unerklärliche Weise der Schlauch des Lötlapparates vom Kolben. Die austretenden Gase entzündeten sich sofort und eine kleine, etwa 20 Zentimeter lange Stichflamme schlug hervor. Der mit dem Lötten beschäftigte Arbeiter rief sofort den Schlauch vom Dach, während ein anderer, der gleichfalls am Lötlapparat stand, sofort die Gaszufuhr abdrehte. Trotz dieser kurzen Feuerwirkung entzündete sich das Dach. Ein Arbeiter rief schnell mehrere Dachziegel auf und bemerkte zu seinem Schrecken, daß sich zwischen den Ziegeln und den darunter befindlichen Wüststaten Holzwohle befand. Im Ru standen etwa 30 Quadratmeter des

Die Pflasterkästen

von A.M. Frey.

Copyright 1929 by Gustav Klepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Die Gäste tanzen miteinander — in einer Luft, die man mit dem Hirschkäse in graue Wollenspäcken zerreiben könnte, so geladen ist sie von Zigarrenrauch, Bierdunst, Bunschqualm und Kanonenofenhitze.

Sie drehen sich und singen:
„Haben wir auch nicht viel gemacht,
So haben wir doch den Tag vollbracht.
Beckt uns am Arsch, ihr Sorgen!
Auf Wiedersehen, morgen!“

Es ist schon reichlich Morgen, als man sich trennt. Und da sind auch die Sorgen wieder. Funk hätte sich längst gerne niedergelegt, aber er muß aufbleiben, um den Herren in die Mäntel zu helfen. Uebrigens wären ihm die Augen zugefallen, hätte der beizende Rauch sie nicht offen gehalten. Er denkt daran, daß sich's kaum mehr lohnt, mit Schlafen anzufangen, denn der Achtuhrapparat steht sozusagen vor der winterdunklen Tür. Um sieben muß er beginnen, ihn zusammenzustellen. Jetzt ist es fünf.

Das sind kleine Sorgen. Größere überfallen Mericourt in dem Augenblick, da die Artilleristen endlich unterwegs sind, und der letzte Mensch im Ort sich ausstreckt.

Unter plötzlich losbrechendem Geschützdonner, dessen Eisenhagel aber nicht nach Mericourt hineinfällt, gelangt die Nachricht hierher, der Engländer habe einen Gasangriff unternommen.

Der Wind steht von der vorderen Linie auf Mericourt zu. Ein sanfter stetiger Luftzug, er wird die Gaswolke langsam wandern lassen, aber einmal wird sie da sein.

Der Ortskommandant entseigt den Kellerräumen des ehemaligen Rathauses, darin er seine Bureaus hat. Er wohnt unterirdisch, dort hat er ein Schlafzimmer mit Kronleuchter und Deckenmalen an tapezieren Wänden, und daneben eine Urntube, die mit französischen Requisitionen nach

Möglichkeit altdeutsch ausgestattet ist. Vormittags schöpelt er hier mit wem immer; er muß nur gleich- oder höhergestellt sein. Sehr stolz ist er darauf, daß dieser Frühtrunk nie noch unterbrochen zu werden brauchte — auch zu jener Zeit nicht, als die Hundsbände von drüben zu uns hereingekommen hat. Deshalb habe ich eines Tages hier unten zu bauen und Innendekoration zu treiben angefangen. Ich werd' mir doch mein Morgenhöppchen nicht vereiteln lassen. Da kennen mich die Herren Engländer schlecht.

Er also erscheint nun in Filzpantoffeln mit einer Stalllaterne, in der eine Kerze brennt, läßt Sirenengeheul losbrechen und läßt Kirchenglocken läuten.

Das sind die Zeichen, daß Gas unterwegs ist. Funk läuft ins Revier. Dort ist schon alles auf den Beinen und in Erwartung. Föhnlein und Alarm sind in Sorge um ein paar Leute, die Halsentzündungen haben und so schon schwer genug schnaufen. Werden sie, wenn die Maste angelegt werden muß, genügend Luft bekommen?

„Weiß du grad da bist, Funk, und jetzt zum Stabert rennst — frag ihn gleich, was mit zwei Kranken, die einen zugeschwollenen Rachen haben, geschehen soll.“

Aber Funk ist nicht da, um diese Nachricht zu übermitteln, er ist gekommen, um aus dem Sanitätswagen eine Ersatzgasmaske zu holen, denn er glaubt im voraus zu wissen, der Stabsarzt wird die seine vertrieben haben und nicht finden.

So ist es. In erschreckender Weise nüchtern geworden, ohne es wirklich zu sein, rumort Lipp in einem schauerlichen Wischmasch von Gelächter und Gesuch in Winkeln seiner Schlafkammer, unter dem Bett, im Nachtsäckchen, das er dabei umwirft, umher und beschimpft den Burschen, droht, ihn einsperren zu lassen wegen verbrecherischer Bummellei.

„Wenn dein Stabsarzt jetzt ersticht —!“ lacht er gegen Reising — um sofort, voll echter Angst, in Zorn umzuschlagen: „Reischer, verdammter! Ich weiß, was ich tu!“

Er ist daran, dem Burschen den eigenen Schutz zu entreißen — da tritt Funk ein und sagt: „Hier ist, was Sie suchen.“

„Sie haben sie gehabt —? Das ist doch stark!“ bricht Lipp gegen ihn los, aber Funk sagt ruhig: „Ich habe Ihnen eine aus dem Revier mitgebracht. Und soll gehoramsig fragen, was mit zwei schweren Halsentzündungen geschehen muß. Ob man vielleicht schnell für die Kranken einen Wagen beschaffen und sie ins Hinterland transportieren soll.“

„Unstinn, ich muß auch da bleiben. Wenn man da jeden

— Himmel Donnerwetter, was geht es überhaupt mich an, wer hat Revierdienst?“

„Assistenzarzt Berner.“

„Selbstverständlich soll er entscheiden. Wozu habe ich meine Kräfte? Reising — sofort hinüber! Ich lasse Herrn Dr. Berner sagen, er möge sich in augenblicklicher Lage besonders der Hals- und Brustkranken annehmen und unverzüglich das Nötige veranlassen.“

Er kullert verstopftes Gelächter in sich hinein. „Das Nötige — das ist jetzt seine Sache, zu wissen, was das Nötige ist.“

Er sitzt mit seinem Freund, dem Ortskommandanten, beisammen: „Wann muß man nun eigentlich in den Maulkorb da hineinschlüpfen?“

„Hat noch Zeit. Der Alarm kündigt vorerst nur die Vermutung an, daß Gas kommen wird. Wir erhalten weitere Meldungen.“

Funk späht in die Küche. Daß dort noch Licht brennt, will nicht viel heißen. Elektrisches Licht glüht hier Tag und Nacht an vielen Plätzen. Niemand braucht es ja zu bezahlen. — Aber Marguerite ist tatsächlich da. Sie hat einen tiefen Polsterfessel aus dem Wohnzimmer hierher geschleppt und sich hineingekuschelt und schläft todmüde von der Arbeit, dem deutschen Bier und den Schnäpeln. Nicht einmal der Lärm, den der Stabsarzt vollführt, weckt sie auf. Sie hat für das bißchen Ruhezeit nicht nach Hause gehen wollen, es lohnt sich nicht; in kurzem muß sie ja beginnen, den Kaffee zu kochen.

Funk erschrickt über den Anblick der schlummernden Ahnungslosigkeit. Er weckt die Frau hastig. Es ist gar nicht leicht, sie wachzurütteln. Es kostet Anstrengung, diesen bleiern Schlaf zu verschleudern.

„Madame, stehen Sie auf, hören Sie denn die Glocken nicht. Es kann sein, daß Gas vom Engländer herüberkommt.“

Sie begreift, trotz dem taumelnden Hirt, geschwind. So stark sind alle doch ewig auf Anheil gefaßt.

Sie greift sich an den Kopf, sie preßt ihre Schläfe. „Das Kind.“ sagt sie. „La petite Josephine, Monsieur Funk —?“

Funk weiß, wie schmachvoll es bestellt ist mit den Zinifisten. Für sie gibt es keinen Gaschutz. Es gibt keine Masken für sie. Er schämt sich jetzt darüber so, wie wenn Madame ihn verantwortlich machen könnte. Deshalb hat er auch gleich vom Engländer gesprochen, als könne man ihm allein die ganze Gemeinheit der Folgen eines Gasangriffs in die Schuhe schieben.

(Fortsetzung folgt.)

Topf zu Hause. Die Holzwanne war offenbar als Wärme-
schicht gedacht. Die Gefahr wurde sofort von den Handwerkern
erkannt und sie alarmierten in höchster Eile die Feuerwehr.

Bei einem vorchriftsmäßig gebautem Dach hätte die hervor-
schlagende Flamme kein Unheil anrichten können. Außerdem wird
in besonderem Maße bemängelt, daß sich auf dem Dach, das eine
Gesamtlänge von etwa 120 Meter Länge hat, nur eine Aussteige-
luke befindet, und zwar auf dem entgegengesetzten Seitensügel, der vom
Feuer verschont geblieben ist. Eine zweite, früher wahrscheinlich
vorhanden gewesene Aussteige-
luke ist vermutlich durch den Ausbau
der Wohnung des Schauspielers Gersch entfernt worden. Durch
das Fehlen der Luke wurde der Feuerwehr der Vöschangriff sehr
erschwert. Auf die unter den Stiegen lagernde Holzwanne ist
nach Meinung unserer Gewährleute das Entstehen und
schnelle Umfassen des Feuers zurückzuführen.

Es wird Aufgabe der untersuchenden Behörde sein, die von den
Handwerkern gemachten Angaben genauestens nachzuprüfen, um
die wahren Schuldigen zur Rechenschaft ziehen zu können.

Ein Schuß in der Nacht.

Wie einer seine Geliebte aus Versehen erschoss.

Ein noch ungeklärter Todesfall fiel in der Nacht zum
Freitag die Potsdamer Mordkommission nach Rowawes.

In der Thornstraße wohnt dort eine 40 Jahre alte Witwe
Lina Groß. Vor etwa fünf Jahren zog zu ihr als Untermieter
ein Angestellter S. des Postzeitungsamts in Rowawes. Die Frau
und ihr Mieter unterhielten ein Verhältnis, das ungetrübt war. In
der vergangenen Nacht erwachte S., wie er angab, davon, daß seine
Freundin im Schlaf plötzlich laut aufschrie. Er selbst ist herzleidend
und erschrocken so heftig, daß er, ohne erst Licht zu machen, in seinen
Nachtischkasten griff, einen Revolver herausholte und auf
einen Schalter, den er zu bemerken glaubte, schoss. Dann erst
stand er auf und schaltete das Licht ein. Jetzt sah er, daß er Frau
Groß erschossen hatte. Ein Schuß in die rechte Brustseite
hatte sie sofort getötet. S., der nicht wenig erschrocken war,
rief sofort Nachbarn herbei und setzte auch die Polizei in Kenntnis.
Für die Frau kam aber jede Hilfe zu spät. S., der vorläufig fest-
genommen wurde, erklärte, daß er von seinem Bett aus nicht die
Nachtischkammer einschalten könne, sondern erst aufstehen und den
Wandschalter drehen müsse. Er habe angenommen, daß ein Ein-
brecher im Zimmer sei und sei noch so schlaftrunken gewesen,
daß es ihm kaum zum Bewußtsein gekommen sei, was er tat. Seine
Darstellung erscheint ziemlich glaubwürdig. Nach den Befundungen
der Nachbarschaft standen sich Frau Groß und S. sehr gut, man hat
nie etwas von Streitigkeiten gehört. Die Potsdamer Mord-
kommission ist noch mit der Aufklärung beschäftigt.

Im Laufe der Untersuchung stellten sich Widersprüche in
den Aussagen heraus. Nachbarn wollen gehört haben, daß die Frau
zweimal „Hilfe“ rief. Schwert gibt dazu die Erklärung, sie habe
„Hilfe Einbrecher“ gerufen und darauf habe er den Schuß auf einen
vermeintlichen Eindringling abgegeben, der dann die neben ihm
liegende Frau traf. Dabei müßte er allerdings, da er auf der rechten
Seite lag, mit der linken Hand geschossen haben. Die Untersuchung
wird fortgesetzt.

Die Behandlung der Presse durch die Potsdamer
Kriminalpolizei bei den Feststellungen über den mysteriösen
Tod der 40jährigen Witwe Ida Groß in Rowawes hat wie oft in
ähnlichen Fällen das Unhaltbare der augenblicklichen Verhältnisse
erwiesen. Berliner und Potsdamer Pressevertreter, die sich legiti-
mierten, trafen am Tatort ein. Es erschien Kriminalkommissar
Maurer auf der Straße und sagte folgendes: „Es darf niemand
von der Presse rein, auch die Photographen nicht.“ Eine Viertel-
stunde später traf Kriminalrat Degener vor dem Hause Thorn-
straße 7 ein. Auch er lehnte es ab, die Presse in die Wohnung der
Erschossenen hineinzulassen. Dem Vertreter der deutsch-natio-
nalen „Potsdamer Tageszeitung“ aber war von der
Polizei schon eine Stunde vorher gestattet worden,
sich den Tatort, also die Wohnung, wo die Erschossene lag, gründlich
anzusehen. Die „Potsdamer Tageszeitung“ trohlokt heute abend
in Nr. 203: Unser Redaktionsmitglied hat als einziger
Pressevertreter am Tatort in der Wohnung eingehende Re-
cherchen gemacht. Die Potsdamer Pressevertreter wandten sich vom
Hof aus an den Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Dr. Leh-
mer, der in der Nordwohnung am Fenster stand, um Einlass. Auch
er wies ab. Um 10 Uhr vormittags hatte man die Potsdamer
Pressevertreter zu Kriminalrat Degener gebeten. Die „Potsdamer
Tageszeitung“ war gar nicht erst erschienen; sie hatte schon vorher
ihre Nachrichten erhalten.

Vorsicht, beißt und schlägt!

Eine etwas originelle, aber schwere Körperverletzung bildete
heute den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Erweiterten
Schöffengericht Neukölln. Bei einer Massenfestnahme hatte in
einer Polizeiwache in Neukölln der 23jährige Arbeiter H. R. sich so
renitent gezeigt, daß er in eine Zelle eingesperrt werden

Die verwünschte Buddellei.

Es geht nicht schneller!

Wohl jeder Berliner Autofahrer und Fußgänger hat sich
schon einmal über die „verwünschte Buddellei“ geärgert und
geglaubt, daß sich die Arbeiten bestimmt in viel kürzerer Zeit
erledigen ließen als dies tatsächlich der Fall ist.

Häufig hört man Ausrufe wie diese: „Warum sind oft an
einer großen Baustelle nur so wenig Arbeiter beschäftigt?“ —
„Warum wird nicht in Spät- und Nachmittagsstunden gearbeitet?“ —
„Weshalb es denn gar nicht, daß die verschiedenen an einem solchen
Bau beteiligten Verwaltungen untereinander Fühlung nehmen?“
Und so fort. In den nachfolgenden Zeilen soll versucht werden
darzulegen, welche Anforderungen bei der Umänderung einer Straße,
also bei einer mehr oder weniger umfangreichen Buddellei, von
den verschiedenen dabei beteiligten Verwaltungen zu erfüllen sind.

Vorausgeschickt sei, daß unter jedem Bürgersteig für die Ver-
sorgung der Grundstücke mindestens je ein Gasrohr, ein
Wasserrohr, ein Entwässerungsrohr, Kabel der
Elektrizitätswerte, Kabel der Telegraphenverwaltung entlang laufen,
von denen allen ein oder mehrere Abzweige in die einzelnen Grund-
stücke erfolgen. Hierzu kommen noch Kabel der Polizei und der
Feuerwehr, hier auch noch Hauptrohre der Gas- und
Wasserwerke, Fernheizkanäle und Rohrpostleitungen.
Im Bürgersteige oder auf diesem befinden sich Hydranten und
Absperrschieber der Wasserwerke, Absperrschieber und Wasser-
töpfe der Gaswerke, Transformatorenstützen der Bewag,
Straßenlaternen, Abspannmalen der Straßenbahn, an allen Ecken
und öfter auch noch dazwischen die Kabelschächte der Telegraphen-
verwaltung, die Einsteigebrunnen der Stadtentwässerung. Alle
diese Ein- und Ausbauten, die der Fußgänger gewöhnlich nicht zu
beachten pflegt, nehmen oft viel Raum ein und machen sich un-
angenehm bemerkbar, sobald eine Straßenumänderung erfolgen
müß.

Nehmen wir an, bei der Straßenumänderung sollen
statt des einen Fahrdammes deren zwei angelegt und die Straßen-
bahn in einem besonderen Bahnhörper geführt werden. Diese Arbeit
bedingt eine Verschmälerung der Bürgersteige, wobei etwa
noch vorhandene Vorgärten oder Vorbauten beseitigt werden müssen.
Die Straßenbahn beginnt demnach provisorische Gleise zu legen, dann
reißt sie ihre bisherigen Gleise raus, der Beton wird mit Preßluft-
werkzeugen aufgedrückt, der neue Straßenbahnhörper hergestellt
und die neuen Schienen verlegt. Gleichzeitig beginnt die Telegraphen-
verwaltung mit der etwa nötigen Umlegung ihrer Leitungen in die
neue Spur, denn sie liegt nach der neuen Einteilung mit ihren Kabeln
am nächsten der Bauflucht. Die Umlegung dieser Kabel bereitet

der Natur der Sache nach oft recht großen Zeitverlust. Bedenkt man,
daß in jedem Schacht eine größere Zahl Kabel münden und daß
in einem einzigen Telephonkabel 250, 300, 500, 700, ja sogar
1400 Doppellaternen vorhanden sind,

von denen für jede einzelne über die Verbindung hergestellt
werden muß, und daß in jedem Schacht nur wenige Mann
arbeiten können, so wird man verstehen, daß hierzu viel Zeit
in Anspruch genommen wird und daß diese Arbeit nur von ganz
geübten Leuten ausgeführt werden kann.

Gleiche Schwierigkeiten wie die Telephonkabel bereiten die
Starkstromkabel der Elektrizitätswerte. Soweit es möglich
ist, strebt man danach, die alten Kabel nach und nach leitlich in die
neue Spur zu ziehen, meist ist dies aber nicht möglich, es müssen
dann auch neue Kabel verlegt und angeschlossen werden, bevor die
alten beseitigt werden können. Wenn man sich vergegenwärtigt,
daß an einer Straßenumänderung — beispielsweise — 35 Kabel der
Bewag verlegt werden müssen, darunter allein 7 Hochspannungs-
kabel von je 30 000 Volt, so wird man es verständlich finden, wenn
solche Arbeiten mit größter Gewissenhaftigkeit ausgeführt
und nicht neu angenommenen Arbeitskräften überlassen werden.
Auch die Gas- und Wasserwerke dürfen nicht Rücksicht auf die Gefahr
für das Publikum das Verlegen und das Dichten ihrer Rohre nur
erprobten Kolonnen anvertrauen, deren Zahl sie nicht beliebig
vermehrten können.

Kann der Fuhrverkehr nicht gesperrt werden, wie z. B. an
besonders lebhaften befahrenen Plätzen, so muß der Fahrdamm in
einzelnen Streifen hergestellt werden, was oft als Erquicknis des
Verkehrs erscheint. Wenn auch mit schnell hochfestem Zement ge-
arbeitet wird, so bedarf doch auch dieser Beton mehrere Tage,
um die nötige Härte zu erreichen, bevor der Stampf-, Guß- oder
Walzsteinbelag, das Holz- oder Steinsteinpflaster aufgebracht
werden kann. Ein ununterbrochenes Arbeiten beim Einbringen des
Betons ist in solchem Falle unmöglich, denn der bisher dem Verkehr
dienende, aber nie leicht in seiner Höhenlage zu ändernde alte oder
provisorisch gepflasterte Streifen darf nicht früher aufgebracht und
betoniert werden, ehe der neu eingebaute Nachbarstreifen dem Ver-
kehr übergeben werden kann.

Die verwünschte „Buddellei“ in den Straßen der Stadt bereitet
eben doch mehr Schwierigkeiten, als der Laie zumeist ahnt.
„Buddeln“ müssen wir aber überall, um die Fehler und Unter-
lassungsstände wettzumachen, die in früheren Jahrzehnten
begangen worden sind.

Seine Wit machte er dadurch lustig, daß er mit Beinen
und Fäusten gegen die Wände und Tür schlug. Als die Beamten
R. zur Ruhe mahnten, griff er die Wächter an, die ihn
schließlich fesseln wollten. Der Angeklagte leistete aber den
heftigsten Widerstand und bis einem Beamten so kräftig in den
linken Zeigefinger, daß die Ueberführung des Verwundeten in das
Polizei-Krankenhaus nötig war. Nach dem ärztlichen Urteile handelte
es sich um einen „Menschenbiß schlimmster Sorte“. Der
Biß verursachte eine Blutvergiftung, die das Leben des

Polizeibeamten gefährdete; in der dreiwöchigen Krankheitszeit, die der
Verletzte im Krankenhaus zubrachte, drohte ihm immer Gefahr, daß
ein Arm amputiert werden sollte. Die Blutvergiftung durchzog
schließlich den ganzen Körper. Der Beamte wurde dann
später als ungeheilt entlassen, so daß er heute nur noch Innen-
dienst zu versehen vermag. Von dem gefährlichen Biß wollte der
Angeklagte heute nichts wissen. Während der Staatsanwalt eine
Gefängnisstrafe von drei Monaten beantragte, erkannte das
Gericht auf nur zwei Monate Gefängnis. Eine Bewährungsstrafe
wurde aber abgelehnt.

Funkwinkel.

Parodien sind Vorkerbissen für Feinschmecker. In dieser
Stunde der Parodien wurden von den Hörern keine besonders un-
sophistischen literarischen Kenntnisse verlangt: Goethe, Schwab,
Kudert, Hoffmannsthal, die Maritt und die Courths-Mahler,
Fleißchen und Jungnickel wurden unter die Lupe der Parodie
genommen. Natürlich durfte auch Alfred Kerr nicht fehlen. Mit
zu den vergnüglichsten gehörten einige Parodien von Hans Gum-
penberg. Hermann Ballentin brachte sie zu Gehör, darunter
die gut bekannte, einzukündende Kuder-Parodie und, eine ebenso nette,
die auf dem Boden des seligen Otto Julius Bierbaum gewachsen
war. Auch sonst hatte Ballentin einige besonders schmackhafte Kost-
proben herausgeschickt: von Meyrink und ein paar hübsche Sachen
von Hans Reimann und Karl Neumann. Edith Braun war
in der Auswahl nicht so glücklich. Doch entschädigte einiges recht
Witzige von Hans Heinz von Twardowski. — Ein Zwiegespräch
zwischen einem Filmsachmann und einem Musiker be-
leuchtete die aktuellsten Probleme des Films. Tonfilm oder
stumme Film, Originalmusik oder entlehnte Musik als Filmbeglei-
tung, Grenzen der Technik und Grenzen der Kunst im heutigen
Film wurden von Dr. Kurt London und Diplomingenieur A.
Kossowski diskutiert. — Königsmusterhausen brachte
am Abend aus der „Neuen Welt“ in der Hafenstraße Handels-
„Messias“, ausgeführt von dem Chor der Zentraldeutschen Be-
einigung und dem Berliner Sinfonieorchester. Es war
eine schöne, technisch saubere Uebertragung. Les.

Er schämt sich.

Einer, der in der Trunkenheit die Republik beschimpft.

Der Dentist Schneider, der am 2. Oktober vorigen Jahres
in einem Lokal am Potsdamer Platz in angetrunkenem Zustande
sich in Beschimpfungen der Republik erging, stand gestern vor dem
Erweiterten Schöffengericht in Alt-Moabit unter der Anklage des
Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz.

Sch. hatte am 2. Oktober 1928 mit ehemaligen Kameraden aus
dem Kriege ein Wiedersehen gefeiert. In angeheitertem Zustande
ging er dann nachts in eine Bierquelle am Potsdamer Platz,
um dort mit zwei anderen Kameraden weiter zu zechen. Der Genuß
des Alkohols scheint bei Schneider verbeerend zu wirken. Er sprang
plötzlich auf einen Stuhl, sang das Ehrhardt-Lied und schimpfte auf
die „Judenrepublik“. Ein Teil der Gäste verließ, um einem Streit
aus dem Wege zu gehen, das Lokal. Unter ihnen befand sich auch
Ministerialdirektor Dr. Fald und Polizeioberbetretar Kabe. Auch
diese beiden wurden mit Schimpfworten überfallen, so daß schließlich
Ministerialdirektor Dr. Fald die Polizei herbeirief, die den Unruhe-
stifter festnahm.

Vor Gericht konnte sich der Angeklagte angeblich auf nichts mehr
besinnen; scheinbar berast er selbst seine Tat. Auch in seiner Aus-
sage entschuldigte er sich immer wieder damit, daß er an dem be-
wachten Abend sinnlos betrunken gewesen wäre und sich
selbst seiner Tat schäme. Das Republiksschutzgesetz sieht
an sich nur Gefängnisstrafe vor. Mit Rücksicht darauf, daß der An-
geklagte selbst empfand, daß sein Verhalten ungehörig war, erkannte



Freude und Nutzen finden Sie in Zuntz neuem Bilder-Gutschein

Zuntz-Bilder, das neue bejubelte Sammel-Objekt
Zuntz-Gutscheine sind so gut wie bares Geld!
Zuntz-Qualitäten auch weiterhin auf gewohnter Höhe

Bitte verlangen Sie kostenlos in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und
Filialen der Firma A. Zuntz sel. Wwe die Druckart: Das neue Zuntz-Bilder-Gutschein-System

Deutscher Export nach Amerika.

Böse Ausichten durch Aufstockung der Zollmauern.

Nach der gewaltigen kapitalistischen Verflechtung zwischen Europa und Amerika im letzten Jahrzehnt konnte man hoffen, daß die Vereinigten Staaten ihre bisherige radikale Abschüttelungspolitik gegen die ausländische Konkurrenz aufgeben würden. Das Gegenteil aber ist eingetreten. Die neue Tarifreform, die jetzt zur Diskussion steht, sieht eine derart rückwärtslose Aufstockung der Zollmauern in Nordamerika vor, daß die bisherigen Zollsätze dagegen ein Kinderspiel waren.

Dabei marschieren die Vereinigten Staaten mit ihren Schutzgöllen schon jetzt an der Spitze der Welt. Die durchschnittliche Zollbelastung der gesamten zollpflichtigen Einfuhr wurde für USA im Jahre 1926 mit 39 Proz. errechnet. Die Zölle Amerikas für industrielle Holzstoffe und Halbfertigwaren bewegen sich zwischen 30 und 50 Proz. des Wertes, und die Industriewaren der Verfeinerungsindustrie sind sogar jetzt schon mit

Zölle von 50 bis 70 Proz. ihres Wertes

belastet, die bei den Halbzeugwaren und Luxusgütern bis zu 90 Proz. und darüber steigen. In welchem Maße sich dieses Zollniveau noch weiter erhöhen wird, läßt sich noch nicht sagen, da das Schicksal der amerikanischen Zollvorlage noch immer nicht feststeht.

Der deutsche Export nach den Vereinigten Staaten hat sich trotz der durch die Zollhöhe gegebenen Schwierigkeiten immerhin in den letzten Jahren aufwärts entwickeln können. Die Gesamtexporteure sind seit 1925 von rund 600 Millionen auf rund 800 Millionen gestiegen, die industrielle Ausfuhr hat sich von rund 520 Millionen auf rund 670 Millionen, also um rund 150 Millionen erhöht. Die deutsche Industrierausfuhr zeigt heute nach den Exportziffern des Jahres 1928 in ihrer Zusammenfassung folgendes Bild:

Deutschlands Export nach USA im Jahre 1928.

in Millionen M.	
Gesamterport	796
hieron:	
Chemikalien und Düngemittel	140,7
Textilwaren	131,8
Felle und Pelzwaren	61,4
Leder und Lederwaren	41,5
Keramische Erzeugnisse	42,5
Großhandelsindustrie	37,5
Papier und Papierwaren	37,4
Maschinen	29,5
Spielwaren	24,5
Kleinfertigenwaren	25,8
Sonstige Metallwaren	14,2
Optische Waren und Uhren	10,7

Die hier aufgeführten Industrien exportierten für rund 600 Millionen Mark Waren nach USA, bestritten also den größten Teil des deutschen Industrieexports und

fäßt 80 Proz. der gesamten deutschen Warenausfuhr

nach den Vereinigten Staaten. Das Charakteristische des deutschen Amerikaexports liegt darin, daß die Großindustrien, von der chemischen Industrie abgesehen, nicht in so hohem Maße an der Gesamtausfuhr beteiligt sind wie beim Export nach den anderen Industrieländern. Dagegen sind die Industrien mittleren Umfangs, die Waren sehr hohen Arbeitswertes herstellen und häufig als die eigentlichen „Exportindustrien“ bezeichnet werden, ganz besonders stark an der deutschen Amerikaausfuhr beteiligt. Die deutsche Ausfuhr nach Amerika setzt sich, wenn man von dem Export an chemischen Stoffen und Düngemitteln abläßt, vorwiegend aus Waren der Verfeinerungs- und Luxusindustrie zusammen. Diese Industrien sind es auch, die in den letzten Jahren immerhin wieder gewisse Fortschritte auf dem amerikanischen Markt erzielen konnten, so daß dieser für einzelne Industriegruppen heute wieder eine entscheidende Rolle spielt. Von der deutschen Ausfuhr an Porzellanwaren und Lederwaren geht z. B. etwa ein Fünftel nach den Vereinigten Staaten. Wichtig ist der amerikanische Markt auch für einige Zweige der Textilindustrie. So ist USA heute noch immer der Hauptabnehmer für die hochwertigen deutschen Seinerzeugnisse und für die schiffische Handschuhindustrie. Diese exportierte im Jahre 1928 24 Millionen Paar Handschuhe nach Amerika. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß für diese Exportindustrien die Erhaltung und Ausdehnung des Exports nach USA

geradezu eine Existenzfrage

ist. Es ist daher verständlich, wenn diese Industriegruppen die amerikanischen Zollpläne mit größtem Argwohn verfolgen.

Wenn man die Auswirkungen der amerikanischen Tarifreform auf den deutschen Industrieexport feststellen will, so muß man von den Vorschlägen auf Zollserhöhung ausgehen, wie sie vom Senat unlängst beschlossen wurden. Verschieden von Zollserhöhungen werden nach dem Zolltarif, wie er im Entwurf jetzt vorliegt, vor allem der Hauptteil der deutschen Papierindustrie, ein Teil der Baumwollwaren, sowie der Spielwaren, ferner kalkhaltige wie stickstoffhaltige Düngemittel und auch Anilinfarben. Auf diese beiden letztgenannten Warengruppen entfallen etwa zwei Drittel der gesamten Ausfuhr der deutschen chemischen und Düngemittelindustrie. Die sonstige deutsche Chemieausfuhr, insbesondere an Schwermetallen, wird dagegen stark durch die neue Zollserhöhung betroffen. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der amerikanische Zolltarif für synthetisches Gummi, dessen Herstellung sich bisher noch im Versuchsstadium befindet, bereits einen hohen Zollsatz festlegt.

Bedeutend empfindlicher als die chemische Industrie wird jedoch die Textil-, Leder- und Keramikgruppe betroffen. Bei den Textilwaren sind, um nur die für den deutschen Export wichtigsten zu nennen, Zollserhöhungen für Baumwoll- und Mischgewebe vorgesehen, ferner für wollene Strümpf- und Wirtwaren sowie für Leinen- und Tischwäsche. Zollserhöhungen, die vom Parlament auch für baumwollene Wirtwaren, insbesondere Handschuhe, den bedeutendsten deutschen Exportartikel in der Textilgruppe, vorgesehen waren, sind vom Senat abgelehnt worden. Für Leder, von dem bisher nur die feineren Sorten mit einem Zoll in Höhe von 20 Proz. belegt waren, werden durchgehend Zölle in Höhe von 12½ bis 30 Proz. festgelegt, und für einfache Lederwaren wurde der Zoll auf 35 Proz. für seine Lederwaren auf 50 Proz. heraufgesetzt. Zu den ohnehin schon außerordentlich

hohen Porzellanzöllen von 60 bis 70 Proz. des Wertes

gelangt noch ein Zulasszoll in Höhe von 40 Pf. pro Duzend, wodurch besonders die Einfuhr an Elektroporzellan abgedrosselt wird. Zölle auf Glas und Glaswaren werden durchschnittlich um etwa ein Drittel erhöht, so daß z. B. der Mindestzoll für Tafelglas von nun an 50 Proz. vom Wert betragen würde. Auch für diese andere deutsche Exportgüter, wie für Metallwaren, Uhren, optische Instrumente, Schmuckwaren, Bleistifte u. a. werden die Zölle heraufge-

schraubt. Auch der Hauptposten der deutschen Maschinenausfuhr, Textilmaschinen, werden mit einem Wertzoll von 40 Proz. belastet. Insgesamt werden etwa 40 Proz. der deutschen Industrierausfuhr nach USA von den neuen Belastungen betroffen. Für einzelne deutsche Exportgüter ist die Einfuhrzollbelastung so einschneidend, daß ein weiterer Wettbewerb in Amerika aussichtslos erscheint; andere werden vielleicht auch noch nach Erhöhung der Zölle auf dem amerikanischen Markt konkurrieren können. Die amerikanischen Zollserhöhungsabsichten haben einen

Sturm der Entrüstung

in der ganzen Welt hervorgerufen. In Washington sind von 38 Staaten Proteste eingelaufen, darunter auch eine deutsche Note, die sich insbesondere gegen die Zollserhöhungen für Chemikalien, Textil- und Lederwaren wendet. Wenn von europäischen Interessentenkreisen gegen Amerika eine geschlossene europäische Abwehrfront propagiert wird und die Verjagung der Meißte-

Wie steht die Konjunktur?

Neue Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung.

Das Institut für Konjunkturforschung, das vierteljährlich seine Untersuchungen über den Stand und die Ausichten der Wirtschaftslage veröffentlicht, hat mit seinen letzten Prophezeiungen recht viel Recht gehabt. Wir erinnern daran, daß in dem letzten Vierteljahrsbericht, der Ende Mai veröffentlicht wurde, keine Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland, sondern eher noch eine Zunahme der Schwierigkeiten prophezeit wurde.

Nach den schlechten Erfahrungen, die das Konjunkturinstitut mit seinen Zukunftsbeurteilungen gemacht hat, verzichtete es diesmal auf irgendwelche Prophezeiungen über die Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland, sondern beschränkte sich auf eine Feststellung der Tatsachen.

In seiner Wirtschaftsdiagnose weist das Institut auf die starke Verknapfung des Geld- und Kapitalmarktes in den Frühjahrsmonaten hin. Inzwischen sind die Zinsätze am Geldmarkt leicht gesunken. Die Reichsbank hat ihre Deckungsreserven wieder auffüllen können, jedoch sei eine nachhaltige Erleichterung nicht eingetreten und der Kapitalmarkt bleibe unergiebig. Obwohl in diesem Zusammenhang der Inlandsabsatz gehemmt sei, wird betont, daß Produktion und Beschäftigungsgrad sich auf ziemlich hoher Stufe halten. In wichtigen Produktionsmittelindustrien schafft guter Auslandsabsatz (Maschinen) gegenwärtig und wohl auch in nächster Zeit einen gewissen Ausgleich. Beeinträchtigt ist die gewerbliche Bauaktivität, die in der Ausfuhr kein Ventil findet. Dasselbe gilt von den Konsumgüter-Industrien. Jedoch behaupten diese sich, zumal übermäßige Lagerbestände kaum noch vorhanden sind. Im übrigen werde der Arbeitsmarkt immer noch durch Saisontendenzen gestützt.

Da die deutsche volkswirtschaftliche Produktion fürs erste durch die gespannte Lage des Kapitalmarktes gehemmt bleibt, ist ihre Konjunktur gegenwärtig in besonders hohem Grade vom Auslandskapital abhängig. Nach der weltwirtschaftlichen Lage glaubt das Institut nicht, daß an den ausländischen Kapitalmärkten allzu große Erwartungen geknüpft werden könnten, wenn gleich der Abschluß der Reparationsverhandlungen einen gewissen Antrieb geben könnte.

Neue Attacke der Baumwollherren.

Der Staat soll helfen. — Her mit Zöllen und Subventionen.

Die Baumwollindustriellen haben in den letzten Tagen ihre Forderung nach Subventionen und erhöhten Zöllen bei den Regierungsstellen vorgebracht. Da sie im Reichswirtschaftsministerium recht gute Freunde sitzen haben, scheinen wir am Vorabend einer neuen industriellen Stützungsaktion größten Stils zu stehen. Jedenfalls rechnet die Baumwollindustrie mit einer weitgehenden Erfüllung ihrer Wünsche.

Dazu erzählt der „Sozialdemokratische Pressedienst“, daß vorerstmal eine Kommission nach Schlesien gegangen ist, um, wie es heißt, die Verhältnisse der schlesischen Baumwollindustriellen an Ort und Stelle nachzuprüfen. Die schlesischen Baumwollindustriellen selbst haben seit längerem Maßnahmen getroffen, um die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der Stützungsaktion nachzuweisen. So verweigert der Dierig-Konzern die Zahlung der Tariflöhne. Andere Firmen haben die Stilllegung ihrer Werke angekündigt. Die schlesische Kommission wird also schon etwas zu sehen bekommen. Die Regie klappt.

Wir wollen nicht behaupten, daß es der schlesischen Baumwollindustrie glänzend geht. Aber der Baumwollindustrie in der ganzen Welt geht es nicht hervorragend. Für die schlesische Industrie kommt hinzu, daß sie wichtige Märkte im Osten, z. B. Ostpreußen, verloren hat und daß es ihr in innerhalb zehn Jahren nicht gelungen ist, diese Absatzgebiete zurückzugewinnen. Dadurch entsteht die Frage, ob hier etwas mit Subventionen und Zöllen getan ist. Wie sind der Auffassung, daß bei der übergroßen Bequemlichkeit und bei der Schlafmüdigkeit der schlesischen Textilindustriellen auch Zölle und Subventionen keine Hilfe bringen können. Hier sollen mal wieder Millionen unnütz veran werden.

Inwiefern ist die Offensive der schlesischen Textilindustrie überhaupt eine Unterstützung der von einigen Baumwollspinnern im Westen erhobenen Forderungen, die im deutsch-französischen Handelsvertrag festgelegte Zollregelung zu revidieren? Auch diese Frage muß geklärt werden. Wie wir wissen, haben sich die besten Baumwollspinnereien im Westen auf feinere Garne umgestellt, womit sie besser talen, als wenn sie sich mit Zoll- und Subventionsforderungen unter die Fittiche der nicht eben geliebten Regierung geschüchtet hätten.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß die Baumwollindustrie im Rahmen der Textilindustrie während der letzten Jahre, soweit aus den Geschäftsberichten ersichtlich ist, die höchsten Gewinne erzielte. Auch die Aktienkurse stehen, verglichen mit anderen Industriezweigen, nicht ungünstig. Das schließt nicht aus, daß eine Reihe von Baumwollspinnereien notwendig ist und zu kämpfen hat. Es handelt sich um solche Firmen, die sich im Laufe von 10 Jahren nicht umstellen vermachten. Es handelt sich meistens um jene Unternehmungen, die die besten Beziehungen zu der alten wilhelminischen Armee unterhielten und als Herreslieferanten eine Monopolstellung einnahmen. Sie wußten

günstigung und notfalls auch ein Boykott amerikanischer Waren vorgezogen wird, so scheint uns das allerdings ein äußerst gefährliches Spiel. Die kapitalistische Hebermacht Amerikas und die Abhängigkeit Europas vom amerikanischen Kapitalzulauf ist heute so groß, daß in einem derartigen Kampf Europa gegenwärtig sehr schlecht abschneiden würde.

Man muß auch die Grenzen, die dem europäischen Absatz in Amerika gezogen sind, richtig einschätzen und nicht, wie es von einigen europäischen Freihandelskreisen geschieht, alles Heil für die europäische Wirtschaft und die Überwindung der europäischen Schwierigkeiten von einer Beseitigung der amerikanischen Zollbarrieren erwarten. Wenn die europäische Wirtschaft in zweierlei Hinsicht das amerikanische Beispiel nachahmt, und einmal durch eine

systematische Politik der Lohnerhöhungen

die Massenkraft steigert und zweitens durch Niederrückung der innereuropäischen Zollschranken ein einheitliches großes Wirtschaftsgebiet schafft, dann kann es in seinem europäischen Absatz ein Vielfaches von dem wiedergewinnen, was es in Amerika verloren hat. Allerdings haben die Vereinigten Staaten mit ihrer rigorosen Tarifvorlage der Schutzollreaktion in der ganzen Welt Wasser auf die Mühlen gegossen und dem Gedanken des internationalen Zollabbaues einen schweren Schlag veretzt.

Wenn auch das Institut diesmal die Dinge nicht wie das letztmal schwarz in schwarz malt, so scheint es uns doch in der Bemerkung der Tatsachen allzu vorsichtig und ängstlich zu sein. Wenn das Institut auf den hohen Stand der industriellen Produktion hinweist, deren Index im Durchschnitt der Monate Mai bis Juli auf 123,8 gegen 122,3 von Februar bis April (1924 bis 1926 = 100) gestiegen war, so läßt sich dieser erfreulich hohe Stand der Produktion doch kaum mit der Aufarbeitung von Rückständen erklären, wie dies das Institut macht. Dies mag wohl auf das Baugewerbe nicht aber auf die übrige Industrie zutreffen. Die fräftige Belegung in den Schlüsselindustrien Kohle und Eisen wird auch vom Institut hervorgehoben, jedoch werden keine weiteren Folgerungen für ein Ubergreifen dieser Konjunktur auf die anderen Wirtschaftszweige gezogen. Vielmehr wird betont, daß die Spannungsverhältnisse in der deutschen Wirtschaft keine Voraussetzungen für einen allgemeinen Konjunkturaufschwung bilden.

Diese Annahme unterschätzt unseres Erachtens die Möglichkeiten, die sich für den deutschen Kapitalmarkt nach der Annahme des Young-Planes durch den Zustrom ausländischer Kapitalien ergeben. So ist es doch eine erwiesene Tatsache, daß im Frühjahr nicht allein der Kapitalstrom aus den Vereinigten Staaten, die selbst unter starker Verknapfung ihres Geld- und Kapitalmarktes litten, ausgeblieben ist, sondern auch aus den Ländern, die wohl Kapitalien zu vergeben hatten, sich aber durch das starke Moment der Unsicherheit infolge der schleppenden Pariser Reparationsverhandlungen absehen ließen. Außerdem ist zweifellos die Spanne zwischen Kapitalbedarf und Kapitalbildung in Deutschland in den letzten Jahren geringer geworden, was bei der gegenwärtigen, noch nicht konjunkturmäßigen Beanspruchung des deutschen Kapitalmarktes nicht außer Acht gelassen werden kann. Selbstverständlich bleibt Deutschland nach wie vor auf Auslandskapital angewiesen, dessen Zustrom nach dem positiven Abschluß der Haager Verhandlungen unserer Ansicht nach eine weitaus stärkere Belebung der deutschen Konjunktur zur Folge haben dürfte, als dies vom Institut für Konjunkturforschung angenommen wird.

genau, was sie zu liefern hatten, brauchten nicht zu unstern, brauchten keine Propaganda und betamen auf die Stunde ihr Geld.

Das ist alles anders geworden. Diese ehemaligen Monopolbetriebe sind seit Jahr und Tag in den wütenden Konkurrenzkampf gestellt und sind demnach und organisatorisch nicht gerüstet. Was man in 10 Jahren veräußerte, soll die Regierung jetzt mit Subventionen nachholen. Wir sehen nicht ein, daß man dafür Staatsgelder verwendet. Die Umstellung könnte auch mit Subventionen nicht vollzogen werden. Tut der Vater Staat seine Hand dennoch auf, so müssen die Summen, auch im volkswirtschaftlichen Sinne, als verloren betrachtet werden.

5,2 Milliarden Gemeindefschulden.

Die Schulden der deutschen Kommunen werden vom Statistischen Reichsamt mit 5775 Millionen Mark angegeben. Auf den Kopf der deutschen Bevölkerung entfallen demnach rund 95 Mark Gemeindefschulden gegenüber einer Reichsschuld von 117 Mark und einer Länderschuld von etwa 26 Mark. Die Gemeindefschulden stellen etwa 40 Proz. der gesamten öffentlichen Schulden in Deutschland dar. Die Reinerlöschuldung beträgt etwa 80 Proz., und hieron wiederum beträgt die Verschuldung an das Ausland nur 11,7 Proz.

Hohenzollern-Belegschaft in Düsseldorf protestiert gegen Stilllegung. Die Lokomotivfabrik Hohenzollern A.G. in Düsseldorf hat, wie wir mitteilen, kürzlich mit dem Krupp-Konzern in Essen einen Vertrag abgeschlossen, wonach der Lokomotivbau der Hohenzollern an Krupp übergeht. Da dieser Vertrag jedoch nur einen Auktionsverkauf darstellt, das heißt, Krupp nur den Anteil der Hohenzollern am alten Lokomotivverband kauft, nicht aber die Betriebe der Gesellschaft, hat die Hohenzollern A.G. Stilllegungsantrag gestellt. Die Belegschaft der rund 1100 Angestellten und Arbeiter hat jetzt gegen die beabsichtigte Stilllegung Protest eingelegt und auf die schweren Folgen für die Stadt Düsseldorf hingewiesen. Wie wir hören, sind auf Grund dieser Protestaktion der Belegschaft Verhandlungen zwischen der Stadt Düsseldorf und der Hohenzollern A.G. wegen der Aufrechterhaltung der Betriebe im Gange. Da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ob von der Stadt Düsseldorf selbst ein Stilllegungsangebot bzw. finanzielle Beteiligung an der Hohenzollern A.G. vorgelegen ist.

Der Aufstieg der Konjunkturgesellschaftlichen Eigenproduktion. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine steigerte im ersten Halbjahre 1929 ihren Gesamtumsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 1.989.161 M. auf 9.376.848 M. Davon entfielen im einzelnen auf die Erzeugnisse der Druckerei- und Papierwarenfabrik 8.320.873 M. oder 1.101.142 M. mehr als im ersten Halbjahre 1928, auf das Verschönerungsmittel 3.008.208 M. oder 901.425 M. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, auf das eigene Elektrizitätswerk für Kraft und Licht 47.577 M.

Edgar Hahnerwald: Raft in Bayern

Während der Schnellzug vom Fichtelgebirge herunterrollt, entrollt sich die andere, die bayerische Landschaft.

Aus der schwarzen Nacht quillt ein Morgen, grau und nah. Hinter den schrägen Strichen des Regens treifen Berge und Hochflähen, Wiesen mit weißblauem Wollgras, Teiche mit Binsen- ufern, Wälder, über denen der Himmel locker wird. Der Zug rollt auf nachblauen Schienen, und als ob es die notwendige Folge der Fahrt wäre, vollzieht sich die Verwandlung von Wetter und Landschaft. Die Berge versinken rückwärts hinter dem steigenden Horizont. Die Sonne dringt durch zerfließende Wolken. Der grau beschlagene Wald wird grün, und Goldlichtern durchsprängt. Die Fahrt geht in gleichmäßiges Rollen über. Die Verwandlung der Landschaft hat sich vollzogen. Wir sind in Bayern.

Ein geräumiges Tal öffnet sich. Ein Fluß glänzt auf: die Raab. Die Räder schlagen den Takt zu einem alten Schlußvers: Mühl, Raab und Regen fließen der Donau entgegen; Mer, Lech, Isar, Inn fließen nach der Donau hin.

Die Donau — der Name klingt hell und offen wie ein Ruf der Wandertage, die vor uns liegen. Wir werden erst nach langer Wanderung an der Donau stehen, aber diese Raablandschaft ist schon ihr Gebiet. Die kleinen spitzen Silberwellen des jungen Flusses eilen zu ihr hin.

Der Zug gleitet schneller als der blanke Fluß, dessen Wellen in kleinen Sprüngen mit dem Zuge um die Wette zu eilen scheinen. Von Zeit zu Zeit ergießt sich der Fluß über ein glattes Wehr. Der schäumende Gischt hält ihn auf. Es dauert eine Weile, bis sich die Wellen wieder aufraffen und weiterspringen. Von Zeit zu Zeit verschwindet der Fluß im Bogen hinter Gras und Gebüsch. Dann kommt er hinter einer Mühle oder im Gemirch eines Dorfes wieder zum Vorschein und zerrt dort lauter Eifer die Angelschnur eines frühzeitigen Anglers auf silberner Holzbrücke ganz schräg. Weiß schäumend schießt er auf die Schienenstrecke zu, jede Welle erfüllt von Eifer und Zuversicht, den Wettlauf doch noch zu gewinnen. Und wenn der Zug einmal hält, springt der Fluß hurtig davon.

In der weiten Aue, manchmal bis an die roten Dächer in Grünem gebettet, liegen Dörfer mit weißen Zwiebelturmkirchen vor flachen blauen Bergen. In der Morgen Sonne glänzt die Landschaft hell und durchsichtig.

Im Gange des Zuges, über die schwankenden Plattformen zwischen den Bogen balancieren die übernächtigen Fahrgäste kleine Tablett mit Kaffee, den der bayerische Wärtler in der Kochische des Schlafwagens bereitet.

Schwandorf — Lichtwart schilderte entzückt das bayerische Städtchen. Wir haben gerade Zeit, in den gegenüberstehenden Zug einzusteigen. Dann rollen beide Züge gleichzeitig weiter, der Schnellzug nach Regensburg und München, der unferne nach Cham und Furtch im Wald. Die Strecke durchschneidet das Bodenwöhrer Becken, eine sandige Kiefernheide mit eingelassenen Teichspiegeln. Dann öffnet sich das grüne Talboden von Cham. Durch breite Wiesenauen fließt der Regen, nicht der vom Himmel, sondern der Fluß des Baches: Mühl, Raab und Regen...

In Cham bleibt eine knappe Stunde Zeit für einen Spaziergang in die Stadt. Am Schalter, an dem wir die Karten für die Weiterfahrt nach Köhling lösen müssen, erleben wir eine kleine bayerische Szene. Ein steinaltes Mütterlein und ein Wäldler stehen am Schalter. In einer Minute soll der Zug nach Furtch abgehen. Aber der blaue Schalterbeamte erledigt soeben ruhig seine Handlung. Die Ungebuld der beiden beschwichtigt er gelassen und tröstend: „Glei hamm'r's.“ Und noch einmal, unerschütterlich und voller Zuversicht: „Glei hamm'r's!“ Dann erst wendet er sich dem Schalter zu mit dem sanften Vorwurf: „Na, was is? Erscht war too Mensch da, und jetzt preßterts!“ Das war kein Scherz. Der Mann hinterm Schalter drückte nur sein Erstaunen aus über sozial unnütze Besucher, und der Wäldler und das Mütterlein nahmen die Fahrkarten und den Auspruch hin, beide sichtlich benommen von der widernatürlichen Eile, zu der sie der Fahrplan zwang. Aber der Zug stand noch da, die Lokomotive schauerte in aller Gemütsruhe, während der Zeiger der Stationsuhr gelaufen noch eine und noch eine Minute zu der schon vorhandenen Verspätung hinzuzählte.

In das holprige Städtchen quadt man nur eben mal hinein. Es ist zwischen zwei Zügen ein beschaulicher Blick ins Bayerische. Hinter einer schweren Tür öffnet sich das Innere der Kirche St. Jakob wie ein Barocktheater in Weiß und Gold und Rot. Weiße Stukkatur, Altäre in Gold, die Kanzel in Gold, dunkelrote, grüne, blaue, brennend rote, weiße, karminrote Kirchenfahnen über braunem Schnitzstuhl. Halbweisse Birken rascheln im Chor über rotem Samt. Ein herber Duft nach Birken und Weihrauch schwebt im Schiff, ein Duft wie nach einem Fest; der Kutengeruch läßt aber auch an brennende Gefelungen denken.

In den engen Gassen um die steilwandige Kirche, um den Markt hantiert der Mittag. Vor grauen Mauern leuchten die Gurtlenberge der Marktfrauen. Von hohen Bretterstapeln streicht der üppige Duft des frischen Holzes, mit dem das Städtchen Handel treibt. Im Durchblick glänzt der helle Fluß im Grünen. Vom Redemptoristenkloster bimmelt eine Glocke. Ochsengepanne lenken durch enge, fallende Gassen. Ein Christus hängt am Kreuz. Und über alles sprengt die Sonne den weißen Glanz eines viel ferneren Südens.

Von Cham nach Köhling fährt die Bahn am Regen aufwärts durch eine erquickende Landschaft. Lockere Hügelgruppen ziehen lau und grün am Tale hin. Der Regen windet sich zwischen flachen Ufern durch saftige Wiesen, auf denen Hahnenfuß, Glockenblumen und Rudwidsnelken als lockere, buttergelbe, blauviolette und karminrote Teppiche vor der blauallierten Ferne prangen. Cham bleibt noch lange farbenblau am Fluße sichtbar. Und immer wieder leuchten weiße Kirchen mit Zwiebeltürmen in der Landschaft, in die die Cham, das Flüsschen, das in Cham in den Regen mündet, ihren Namen mehrfach verstreut hat: Chamamünster, Chameregg, Chamerau.

Der Zug nimmt sich Zeit. In Runding, Chamerau, Müllach, Waibach, Pulling — überall wird erst ein Weilschen rangiert, denn es ist zugleich ein Güterzug. Und überall riecht es nach frischem Bretterstapeln, Wasserglanz, Holzduft und Wiesenfrische — das sind die Elemente dieser Landschaft.

Bei Pulling fließen der Weiße und der Schwarze Regen zusammen. Am Weißen Regen liegt Köhling, ein Marktstädtchen auf grünem Hügel mit steigenden und fallenden Steingassen. Am rechtwinkligen Knick der steilsten Straße steht ein helles Rathausel mit einer länglichen Zwiebelkuppel und einem Glockenblumendachel dar-

über, auf dem der schiefe Blitzableiter wie der Stiel der Glockenblume steht. Ueber Schweizerdächer weg ragt hoch und blau der Raitersberg. Die Kirche steht auf einer Grasbänke. Durch die alten offenen Türen weht Sommerluft. Unten rauscht und glänzt der Fluß um altes Röhlenholzwerk und frische Bretterstöße. In Fabriken werden die Heidelbeeren des bayerischen Waldes eingekocht; im Spätsommer sammelt sich hier Tag für Tag die Pilzgerne zum Export.

Im Gasthaus am schrägen Markt läßt man sich die erste bayerische Mahlzeit schmecken: Rahmsuppe mit Brotschinken, Lammfleisch mit Kartoffelnudeln in Rahmsauce. Und dann ist es noch lange nicht Zeit, zum Bahnhof zu gehen. Unten am Regen sieht man lange, sieht auf das wiegende, blühende Wasser, auf violette Salbeiwälder, hinter denen der hohe blaugrüne Raitersberg steht,

Kasse Zellerström: Niemals dick sein!

Das Ideal früherer Generationen zeichnete sich mehr durch Fülle als durch Beweglichkeit aus. Das hat mir manchen Kummer eingebracht.

Als ich noch ein Junge war, war ich nämlich sehr mager. Meine Kameraden nannten mich „Das Serippe“, und das erste Mädchen, das ich liebte, zog jedesmal erschrocken zurück, wenn sie mich sah. Ich habe später von ihrer Freundin gehört, daß sie glaubte, ich könnte ihr vielleicht weh tun, wenn ich ihr zu nahe käme. Natürlich hörte ich sofort auf, dieses Mädchen zu lieben, denn persönliche Beleidigungen habe ich nie vertragen können.

Als ich einige zwanzig Jahre war, hörte ich indessen auf, mager zu sein. Ich wurde plötzlich in ein paar Jahren dicker, und mein Gewicht stieg von 60 Kilogramm auf 70, auf 80, auf 90 Kilogramm. Da hielt ich erschrocken inne. Ich entdeckte nämlich, daß es im höchsten Grade lässig ist, fett zu sein. Außer daß es, woran ich früher nie gedacht hätte, lächerlich wirkt.

Eines Tages, als ich auf der Straße ging, hörte ich ein Individuum von wahrscheinlich sehr tiefer Ungebildetheit zu seinem Genossen über mich sagen:

„Sieh dir bloß die Kasse bledches Fett an!“

Und dann sah mich der Genosse an und erwiderte:

„Ja, der steht zum Piepen aus!“

Ich begann, mir die Sache zu überlegen. Und ich fand, daß die Leute immer lächerlicher aussehen als dünne Dito. Ein dünner Mensch kann zwar lächerlich wirken und dadurch die Leute zum Lachen bringen, aber in diesem Kapitel kann er nie mit einem dicken mithalten. Ein dünner Komiker in einem Possenheiter amüßert wohl die Zuschauer, aber gewöhnlich nicht nur durch seine Magerkeit. Er muß ein paar Extratritte haben, mit denen er seine Magerkeit aufrechterhält. Eine piepsige Stimme ist gut, und wenn ihm außerdem Gelegenheit gegeben ist, in Unterhofen aufzutreten, so ist sein Erfolg für den Abend sicher. Aber mit einem dicken Komiker ist es ganz anders. Er hat stets Erfolg. Es ist ganz gleich, was für eine Stimme er hat und wie er gekleidet ist. Die Zuschauer fangen an zu lachen, sobald sie ihn sehen. Man lacht über seine Körpergröße, denn etwas Drolligeres als einen dicken Komiker gibt es nicht.

Die dicken Komiker selber sind indessen nicht so fröhlich. Als Menschen sind sie gewöhnlich sehr trübselig und melancholisch. Einer von ihnen, den ich kenne, und der nur im Privatleben Komiker ist, klingelte vor ein paar Tagen bei mir an und erzählte, daß er sich zwischen 8 und 8 Uhr erschießen würde. Natürlich hat er es nicht getan, denn er ist nicht nur dick, sondern auch feige.

Aber ich komme auf mich selber zurück. Als ich es bis auf 92 Kilogramm gebracht und entdeckt hatte, daß ich nicht mehr einer Elektrischen nachlaufen oder eine Treppe steigen konnte, ohne Schnulst nach einem Sofa und einem Glas Bier zu verspüren, beschloß ich, mager zu werden. Nach einer anstrengenden Kur, deren Rezept ich aber nicht ohne weiteres preisgebe, gelang es mir auch, wie alles, was ich mir energisch vornehme. Ich sank wieder auf 65 Kilogramm. Und da bin ich jetzt. Und ich fühle, daß das angenehmer ist als mit 92 Kilogramm. Zwar friert man ein bisschen mehr als sonst, besonders im Winter, aber dagegen schmilzt man im Sommer weniger. Wärme ist etwas für uns Magerer. Wenn

schläft ein, wacht wieder auf, sieht auf die Uhr — der Zug geht immer noch nicht.

Dann aber, als man schon eine Viertelstunde im Bogen sieht, legt die Lokomotive auf die Minute mit Energie los — um erst noch 20 Minuten lang mit dem ganzen Zuge zu rangieren. Und so geht es Station um Station — überall wird erst ein Weilschen rangiert. Ohne alle Herdsität. Die Bahnbeamten mit ihren hellblauen Mützen stehen an den Gleisen und schauen zu — jeder eine Verkörperung des Wortes: Glei hamm'r's. Man rostet, indem man reißt.

Die Lokalbahn Köhling—Lam fährt nur zweimal am Tag, dafür aber gründlich. Und jedesmal, wenn ein Weg die Schienen kreuzt, langt der Lokomotivführer nach dem Klappriemen der Glocke, die außen an der Lokomotive hängt. Sie klingt wie eine Schiffsglocke, und bei ihrem Geläut schauen die gelben Kühe auf den hängenden Wiesen auf, läuen, schlüpfen behaglich die guten Köpfe und schicken dem läutenden Zügle das irdene Geidut ihrer Herden-glocken nach.

man dagegen einen dicken Mann oder eine dicke Frau sieht, wenn es warm wird! Einem Dicken kann kein größeres Leid zugefügt werden als 35 Grad Celsius im Schatten. Aber dann wir Magerer in unserer Luft! Trocken und fröhlich. Und für jeden Spöß mit den Dicken zu haben.

Remnen Sie die alte Geschichte:

Der Ehemann: „Meine Frau wiegt 80 Kilogramm. Sie nimmt jedes Jahr in Karlsbad 10 Kilogramm ab, — in acht Jahren bin ich sie los! Hahaha!“

Was für eine traurige Ehe! Wie unheimlich für beide Teile! Für den, der verschwindet, und den, der wartet. Ach lange Jahre! Ich wage nicht, daran zu denken.

Ich kenne ein anderes Ehepaar, bei dem die Frau sehr dick ist. Zwei Bandungsbrücken für kleinere Dampfer, drei Dezimalwagen und ein Parkettstuhl in einem Theater sind unter ihr zusammengebrochen.

Ich war dabei, als der Parkettstuhl zerbrach. Es war in einer Pause. Mitten im ersten Akt, und dabei war das Stück nicht besonders amüsant. Aber die achte Replik des 15. Auftritts war so komisch, daß die dicke Dame plötzlich so auslachte, daß der Stuhl zerbrach. Die Dame sank gerade hinunter und sah auf dem Fußboden. Und da blieb sie im Dunkeln sitzen. Um sie wieder in die Höhe zu bringen, wäre eine Dampfwinde nötig gewesen. Sie sah ganz still und guckte unter das Parkett. Sie sah eine Menge Beine und Füße von Herren und Damen. Nie in ihrem Leben hatte sie so viele Beine und Füße gleichzeitig gesehen. Und so verschiedene. Einzelne hatten Löcher in den Strümpfen; und die meisten schiefte Absätze. Ein Herr, der vielleicht Hühneraugen hatte, hatte sich den einen Stiefel ausgezogen. Das sah zu komisch aus! Wenn es die dicke Dame gewagt hätte, so würde sie gelacht haben. Aber sie dachte: dann bricht vielleicht der Fußboden durch, und ich falle in den Keller hinunter.

Der Mann der dicken Dame war durch das langweilige Stück derart in Anspruch genommen, daß er nicht merkte, daß seine Frau verschwand. Er ging so selten ins Theater, daß er jeden Satz buchstäblich verstand.

In der Pause wurde das Licht eingeschaltet, und die dicke Dame starb aus Scham und Schande, mitten im Parkett, zwischen eleganten Herren und Damen, auf dem Fußboden zu sitzen.

Wie traurig war ihr Schicksal!

Natürlich gibt es auch Geschichten von dünnen Leuten. Aber die sind nicht so komisch. Ich kann mich eigentlich nur auf eine besinnen. Von Sarah Bernhardt. In einer französischen Zeitung stand:

„Ein gedeckter Mietwagen fuhr beim Theater vor. Aus dem Wagen stieg nichts. Das war Sarah Bernhardt.“

Diese Geschichte ist sehr boshaft und außerdem nicht wahr. Denn ich habe Sarah Bernhardt selbst gesehen, und sie war erheblich mehr als nichts. Geistig und körperlich.

Uebrigens ist es so leicht, über Körperschwächen der Menschen zu spötteln. Ich habe mal von einem Magerer gehört, der so große Füße hatte, daß er sich die Hosen über den Kopf anziehen mußte.

Aber wir wollen lieber zu ernstern Dingen übergehen.

(Aus dem Schwedischen von Ege Kornstrup und Elisabeth Treitel.)

Massenpsychofen und Zeugeneide

Ueber einen seltsamen Fall von Massenpsychose wird aus dem Pariser Vorort Sevastopolis Beret berichtet. Ein Bäcker namens Haugmar hatte mit seiner Frau eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf er sie mit dem Tode bedroht haben sollte. Später wukten Hausbewohner und Nachbarn der Polizei zu berichten, daß der Bäcker in seiner Wut mehrere Flintenschüsse durch die Tür des Schlafzimmers seiner Frau abgefeuert habe. Zu guter Letzt beschwor ein Duzend Leute, sie seien in das Haus eingedrungen und hätten Frau Haugmar und ihre fünfjährige Tochter durch ein Fenster gerettet, da die Tür des Zimmers verschlossen gewesen sei. Auf diese alarmierenden Nachrichten hin umzingelte ein großes Polizeiaufgebot das Haus und richtete sich zu einer regelrechten Belagerung ein. Angefächert der Gemeinährlichkeit des wütenden Bäckers hatten die Polizisten selbst Gasbomben mitgebracht, um erforderlichenfalls den Wüterich unschädlich zu machen. Die ganze Nacht wurde das Haus belagert. In aller Frühe stieg der Bäcker ruhig in seine Badstube hinab und fragte angefächert des gemaltigen Polizeiaufgebots ahnungslos nach dem Grunde dieses Aufwandes. Als man ihm seine Missetat vorhielt, erklärte er lachend, daß er eine Feuerwaffe überhaupt nicht besitze, und daß die Geschichte der angeblichen Schüsse durch die Tür nur in der Einbildung seiner Nachbarn existiere. Die genaue Durchsuchung des Hauses erbrachte denn auch den Beweis für die Richtigkeit seiner Angaben. Der ganze Vorfall stellte sich als völlig harmlos dar. Man fand weder eine Feuerwaffe, noch Patronen; auch zeigte sich die Schlafzimmertür völlig unversehrt. Der Bäcker gab folgende Darstellung der Vorgänge. Er hatte sich mit seiner Frau gezankt, die sich in dem Wohnzimmer eingeschlossen hatte, während er selbst ins Schlafzimmer zu Bett ging. Bevor er sich jedoch schlafen legte, habe er wiederholt an die Tür des Zimmers geklopft, um seine Frau zum Aufmachen zu bewegen.

Diese Klopftöne hatten die aufgeregten Nachbarn, die durch den Streit zum Horchen veranlaßt worden waren, für Flintenschüsse gehalten, worauf sie die Polizei alarmierten.

Lateinische und griechische Familiennamen

Unter den deutschen Familiennamen treffen wir auf eine ganze Anzahl, die auf us endigen und die demgemäß eine lateinische Gepräge tragen. Entstanden sind diese Namen im 16. Jahrhundert. In dieser Zeit gelangte die klassische Bildung zur höchsten Wertschätzung und die Kenntnis oder Unkenntnis derselben führte zu einer Trennung unter der Bevölkerung. Auf der einen Seite standen die, welche Lateinisch und Griechisch gelernt hatten, auf der anderen Seite die, welche diese Studien zu treiben nicht in der Lage waren. So schieden sich die Gebildeten von den Ungebildeten. Die Sprache der Gebildeten bei ihren gelehrten Arbeiten war das Lateinische, und um ihre Zugehörigkeit zur Klasse der Gelehrten auch äußerlich zu kennzeichnen, suchten sie ihre Namen durch die lateinische Endung us zu verdrängen oder sie übersehten sie in das Lateinische. Auf diese Weise wurde aus einem Meier ein Meierus einem Krüger Krügerus, einem Buhl ein Buhlius oder Bullus, einem Bulch ein Bulchius, einem Kurz ein Curtius. Durch die Uebertragung in das Lateinische ging hervor aus einem Schulz ein Prätorius, einem Krause ein Crisius, einem Schuster ein Sutor oder Sutorius, einem Schneider ein Sartor oder Sartorius, einem Weber ein Textor oder Textorius, einem Schütz ein Sagittarius, einem Schmied ein Faber oder Fabricius.

Besonders gelehrte Leute begnügten sich aber nicht mit dem Lateinischen, sondern übertrugen ihre Namen in das Griechische. Durch solche Uebertragung ist aus dem Namen Schwarzerd Melandion, Hauschein Desolampadius, Volkman Leander, Neumann Reander und Eichmann Dryander entstanden.

